



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

JAHRES BERICHT 2018



JAHRES BERICHT 2018

7

Freiheitspreise

Projekte
in mehr als

60

Ländern
weltweit

8

Länderbüros
in Deutschland

Über

1.000

Veranstaltungen
pro Jahr

12

Berliner Reden
zur Freiheit

1.245

Stipendiaten

4

Ausgaben
liberal-Magazin
pro Jahr

Rund

500

Mitarbeiter im
In- und Ausland

Stiftung seit

1958

46.950

Social-Media-Follower
in Deutschland

744.527

Interaktionen
Social Media (2018)

9,3 Mio.

Reichweite
Social Media (2018)



HERAUSFORDERUNGEN UND WANDEL

ABSCHIED UND AUFBRUCH

Liebe Leserinnen und Leser,

auch im Jahr 2018 standen die liberalen Demokratien weltweit unter Druck. Zu den gewohnten Attacken von links und rechts kommen neue intolerante und populistische Kräfte hinzu, die sich den bisherigen politischen Kategorien entziehen. Populisten und Autoritäre finden weltweit Zustimmung, weil sie einfache Lösungen in einer immer komplizierter werdenden oder so empfundenen Welt anbieten. Diese Kräfte sind mittlerweile mitten im Herzen Europas angekommen.

Wir als Stiftung für die Freiheit setzen uns hier für eine andere politische Kultur ein: Nachdenken, Abwägen, Diskutieren und Entscheiden in Toleranz und Achtung für den Andersdenkenden. Denn Demokratie und Rechtsstaat funktionieren nicht ohne differenzierte Lösungen und Kompromisse zur Entscheidungsfindung. Diese Erkenntnis war der Grund für Theodor Heuss, unsere Stiftung 1958 zu gründen. Diese historische Mission prägt unsere Arbeit seit nunmehr über 60 Jahren.

2018 konnten wir mit vielen Gästen, Freunden und Wegbegleitern auf 60 Jahre Arbeit für die Freiheit zurückblicken. Die Festveranstaltung in Berlin

im Mai 2018 mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Christian Lindner, Norbert Lammert und vielen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, den anderen Politischen Stiftungen, Partnern, Freunden und ehemaligen Mitarbeitern der Stiftung war eine Selbstvergewisserung für unsere Mission und unsere Verpflichtung, uns weiter weltweit für die Freiheit einzusetzen. Herausforderungen und Wandel prägen unsere Zeit: Abschied und Aufbruch unserer Arbeit im Jahr 2018.

Das Kuratorium der Stiftung wählte im März 2018 für die nächsten vier Jahre einen neuen Vorstand. Nach zwölf Jahren im Amt hatte sich Dr. Wolfgang Gerhardt entschieden, nicht wieder für den Vorsitz des Vorstandes zu kandidieren. Wolfgang Gerhardt hat die Stiftung in den zwölf Jahren seiner Führung geprägt und verändert. In der Existenzkrise des politischen Liberalismus 2013 setzte er konsequent und unbeirrt einen inhaltlichen und organisatorischen Neuanfang durch, „beispiellos in der Geschichte der Stiftung“, wie Christian Lindner es formulierte. In Anerkennung und auch in der Erwartung, ihn weiter mit der Stiftung zu verbinden, bestellte das Kuratorium Ende 2018 Dr. Wolfgang

Gerhardt zum Ehrenvorsitzenden des Vorstandes. Der neue Vorstand mit Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué an der Spitze, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als seine Stellvertreterin, Manfred Richter wieder als Schatzmeister und den Mitgliedern des Deutschen Bundestages Bettina Stark-Watzinger und Michael Georg Link will diesen begonnenen Weg konsequent und mit zusätzlichen Schwerpunkten weitergehen.

Die schon zum Ende des Jahres 2017 beschlossenen strategischen Ziele 2022 geben den Rahmen für die noch notwendigen Veränderungen, die der neue Vorstand bis zum Ende des Jahres 2022 umsetzen will.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben das Jahr 2018 auch mit externer Hilfe genutzt, um die interne Struktur und die Organisation im Hinblick auf die neuen Herausforderungen kritisch zu überprüfen. Effizienz, Transparenz, Kommunikation, Digitalisierung und die Verknüpfung der Auslands- und Inlandsarbeit standen im Fokus. Mehr inhaltliche Schwerpunkte, Abbau interner Bürokratie und neue Kommunikationsimpulse werden die Stiftungsarbeit klarer und leichter machen. Unser neues Logo, das Sie auf dem Titel sehen, soll diesen Aufbruch symbolisieren. Neue Führungskräfte sind 2018 in ihre Funktionen berufen worden und gehen mit viel Engagement an die Arbeit.

Zeitgleich musste der Geschäftsbetrieb weiterlaufen. Trotz vorläufiger Haushaltsführungen des Bundes und interner Haushaltssperren ist es auch 2018 wieder gelungen, die Zahl der Bürgerinnen und Bürger in den Veranstaltungen des Regionalprogramms der Stiftung deutlich zu steigern, auf nunmehr 57.000 gegenüber 43.000 in 2017. Zu dieser Entwicklung trugen auch die Großveranstaltungen bei: Der Freiheitspreis 2018 an Bundespräsident a. D. Joachim Gauck in der Frankfurter Paulskirche wie auch die 12. Berliner Rede zur Freiheit mit Timothy Garton Ash am Brandenburger Tor oder der 2. Innovationskongress in Berlin fanden nicht nur ein breites mediales Echo und eine rege

Nachfrage des Publikums, sondern gaben der Stiftung auch wichtige Impulse für ihre Arbeit.

Das Gedenkjahr 2018 hat auch die politische Bildungsarbeit der Stiftung geprägt.

Ein Kongress in Berlin zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918 mit vielen ausländischen Gästen und einem Impulsvortrag von Prof. Dr. Herfried Münkler zeigte den Spannungsbogen der Entwicklung Europas in den letzten 100 Jahren mit allen Chancen und Risiken unserer Tage. Was aus der Geschichte zu lernen ist und wie wir Europäer den zivilisatorischen Fortschritt eines geeinten Europas schützen, war das Thema dieser Veranstaltung.

Die Schwerpunkte der Auslandsarbeit unserer Stiftung in über 60 Projektländern reflektierte auch im Jahr 2018 die zunehmende Verhärtung der internationalen Beziehungen. Die Ausrichtung eines regelmäßigen transatlantischen Freiheitsforums soll die Kommunikationskanäle in die Vereinigten Staaten offenhalten, gerade in Zeiten eines US-Präsidenten Donald Trump. Im Gegenzug sind Gaidar-Naumann-Forum, Nemtsov-Preis und die Projektarbeit in Russland notwendige Beiträge zur Stabilisierung der russischen Zivilgesellschaft. Aber auch in Asien und Lateinamerika hat die Stiftung 2018 neue Schwerpunkte gesetzt mit der Eröffnung neuer Büros in Malaysia und Peru. Leider sehen wir den globalen Trend zu autoritären Regimen ungebrochen, so dass wir auch 2018 in einigen Ländern als internationale NGO zunehmend Verdächtigungen und staatlichen Kontrollen unserer Arbeit, unserer Partner und unserer Inhalte ausgesetzt gewesen sind.

Ich lade Sie herzlich ein, sich an dieser Mission der Freiheit zu beteiligen. Vielleicht macht Ihnen die Lektüre dieses Jahresberichts 2018 der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Lust, sich für unsere Arbeit zu interessieren, in unsere Veranstaltungen zu kommen oder sich auf freiheit.org über unsere Arbeit vertieft zu informieren.

Kommen Sie zu uns! Wir freuen uns auf Sie!

Steffen Saebisch

Hauptgeschäftsführer

der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

08 HIGHLIGHTS

- 10 60 Jahre Stiftungsarbeit
- 14 Stabwechsel
- 16 Freiheitspreis an Joachim Gauck
- 18 12. Berliner Rede zur Freiheit mit Timothy Garton Ash
- 20 Raif Badawi Award for courageous journalists 2018 an ARIJ

22 OFFENE GESELLSCHAFT

- 24 Erster Menschenrechtsbericht der Stiftung
- 26 Neue LGBTQI-Plattform „Africa's Pride“
- 28 Heimat-Debatte
- 30 Ein Rabbiner, ein Rapper und ein Historiker diskutierten in Lübeck und Schwerin: Haben wir in Deutschland ein Antisemitismus-Problem?
- 32 Boris-Nemtsov-Preis
- 34 Gedenken an die Widerstandsbewegung „Weiße Rose“

36 BILDUNG

- 38 „Neue ukrainische Schule“
- 40 Politische Meinungsbildung im Netz
- 42 „Alle reden über Fußball, wir reden über Freiheit“
- 44 50 Jahre Archiv des Liberalismus

46 SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

- 48 Doch sie lebt, die globale Marktwirtschaft
- 50 2. Innovationskongress in Berlin
- 52 Das Liberale Diskussionsforum: Aufbruch Ost – Vision von der Metropolregion Thüringen
- 54 Flexibilität schafft Sicherheit

56 **DIGITALISIERUNG**

- 58 No Uploadfilter
- 60 Thomas Sattelberger: „Technologische Innovation erzwingt neue Arbeitswelten“
- 62 Digitalwerkstatt: Coding kann jedes Kind

64 **INTERNATIONALE POLITIK**

- 66 Internationaler Kongress: Europa 1918 – 2018
Friedensprojekt in neuer globaler Verantwortung
- 68 5. Gaidar-Naumann-Forum
- 70 Campaigning vor den Wahlen
- 72 Tansania – Einsatz für die Rechte der Frauen und Kinder
- 74 Transatlantisches Freiheitsforum
- 76 Deutsch-französisches Verhältnis: „Nichtstun wird die EU zerfallen lassen“

78 **ALLGEMEINES**

- 80 Bericht des Vorstandes
- 81 Bericht des Kuratoriums
- 82 Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen
- 83 Im politischen Dialog in über 60 Ländern der Erde

84 **DIE LIBERALE BILANZ**

- 86 Über die Stiftung
- 88 Die finanziellen Mittel der Stiftung (Jahresvergleich)
- 89 Quellennachweis der Gesamteinnahmen
- 90 Aufteilung der Mittel
- 91 Mitarbeiter und Stipendiaten
- 92 Das Geschäftsjahr 2017
- 93 Zu erwartende Einnahmen und Ausgaben 2019
- 94 Danksagung und Impressum

HIGH LIGHTS

Seit über 60 Jahren setzt sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit weltweit für den Liberalismus ein. Erfahren Sie mehr über die Veranstaltungs-Highlights 2018.

- 10 60 Jahre Stiftungsarbeit
- 14 Stabwechsel
- 16 Freiheitspreis an Joachim Gauck
- 18 12. Berliner Rede zur Freiheit mit Timothy Garton Ash
- 20 Raif Badawi Award for courageous journalists 2018 an ARIJ

EINSATZ FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE

60 JAHRE STIFTUNGSARBEIT

Sich des Vergangenen erinnern und gleichzeitig in die Zukunft blicken – darum ging es beim Festakt der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die an ihre Gründung vor 60 Jahren erinnerte. An den Feierlichkeiten in der STATION Berlin nahmen rund 600 Gäste aus Politik und Wirtschaft, Gesellschaft und Stiftungswesen teil.

In ihrer Festrede würdigte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Stiftung für ihr weltweites Engagement für bürgerliche Rechte und Freiheiten seit sechs Jahrzehnten: „Die Stiftung für die Freiheit ist ein großes Versprechen. Die Naumann-Stiftung hält, was sie verspricht. Sie scheut sich nicht vor schwierigen Themen, sie mischt sich in aktuelle Debatten ein, sie zeigt, was liberale Ideen heute bedeuten.“

„Friedrich Naumann wäre stolz auf das, was in den vergangenen 60 Jahren in seinem Namen erreicht wurde. Er wäre stolz auf die vielen engagierten Mitstreiter, die in Deutschland und der Welt die Ideen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der freien Entfaltung des Individuums vermitteln. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit: Sie wird auch in Zukunft gebraucht.“ Die Grußworte sprachen Prof. Dr. Norbert Lammert, Bundestagspräsident a. D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., sowie Christian Lindner MdB, Vorsitzender der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag.

Prof. Dr. Norbert Lammert gratulierte der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Namen der anderen Politischen Stiftungen und betonte deren Verbundenheit untereinander, trotz ihrer Unterschiede: „Alle nehmen den gleichen Auftrag wahr: die Förderung von Demokratie und Freiheit mit jeweils eigenem Profil und mit gewollt unterschiedlichen Akzenten.“ Andere Länder, darunter auch Demokratien, beneideten Deutschland um die Gründung Politischer Stiftungen.

Dass Bildungsarbeit im Dienste der Freiheit mehr denn je gefragt ist, zeige die zunehmende Sehnsucht nach autoritären Alternativen, in Deutschland und weltweit. „Das Bewusstsein für die Bedeutung von Freiheit ist vermutlich schon einmal ausgeprägter gewesen – aber ‚im Eimer‘ ist die Idee ganz sicher nicht“, so Lammert. Sie sei jedoch nicht ein für alle Mal gesichert. Daher müssten sich damit nicht nur die Naumann-Stiftung, sondern auch die anderen politischen Stiftungen sowie die politische Klasse weiterhin befassen.

Auch Christian Lindner würdigte die Arbeit der Stiftung, die sich mit ihrem Einsatz für Demokratie und gegen den Populismus, über ideelle und nationale Grenzen hinweg, verdient gemacht habe. „Sie hilft Menschen weltweit dabei, ihre Chancen zu nutzen. Mutig, optimistisch und weltoffen – ich bin mir sicher, dass ihr Gründer Theodor Heuss stolz darauf wäre, wenn er sehen würde, wie sich die Stiftung entwickelt hat“, sagte Christian Lindner.

**„FRIEDRICH
NAUMANN
WÄRE STOLZ.“**

Dr. Angela Merkel

Die Würdigungen seiner Vorredner aufgreifend, betonte Dr. Wolfgang Gerhardt, Vorstandsvorsitzender der Naumann-Stiftung, noch einmal die Bedeutung des Stiftungsauftrags: „Freiheitliche Politik, wie wir sie in der politischen Bildungsarbeit vermitteln, ist nie perfekt. Aber sie ist besser als alle Gesellschaftsentwürfe, die sie unterdrücken wollen. Sie will, dass Menschen nie mehr das Knie vor Menschen beugen müssen, die stärker sind als sie selbst.“

Die Zukunft der Stiftung wird maßgeblich von Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Stiftung, geprägt werden. Ab September folgt er Dr. Wolfgang Gerhardt als Vorstandsvorsitzender. In seinem Schlusswort stellte Paqué fest: „Es gibt für die politische Bildung viel zu tun – im Inland und im Ausland.

Das motiviert uns.“ Eine wichtige Voraussetzung, denn „Freiheit ist ein Lebensgefühl. Nur wer mit Begeisterung und Leidenschaft argumentiert, der kann andere von seiner Sache überzeugen“, so Paqué.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wurde am 19. Mai 1958 als Friedrich-Naumann-Stiftung in der Bonner Villa Hammerschmidt von Theodor Heuss, Walter Erbe, Paul Luchtenberg, Reinhold Maier, Hans Wolfgang Rubin u. a. gegründet und nach dem liberalen Politiker Friedrich Naumann benannt. Ihr Name erhielt im April 2007 den Zusatz „für die Freiheit“.

Weitere Informationen zu 60 Jahren Stiftungsarbeit finden Sie auf der Themenseite:

www.freiheit.org/60jahre.

Die Redner des Festaktes anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (v.l.n.r.): Prof. Dr. Norbert Lammert, Christian Lindner MdB, Dr. Angela Merkel, Dr. Wolfgang Gerhardt, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Prof. Dr. Jürgen Morlok





1



4

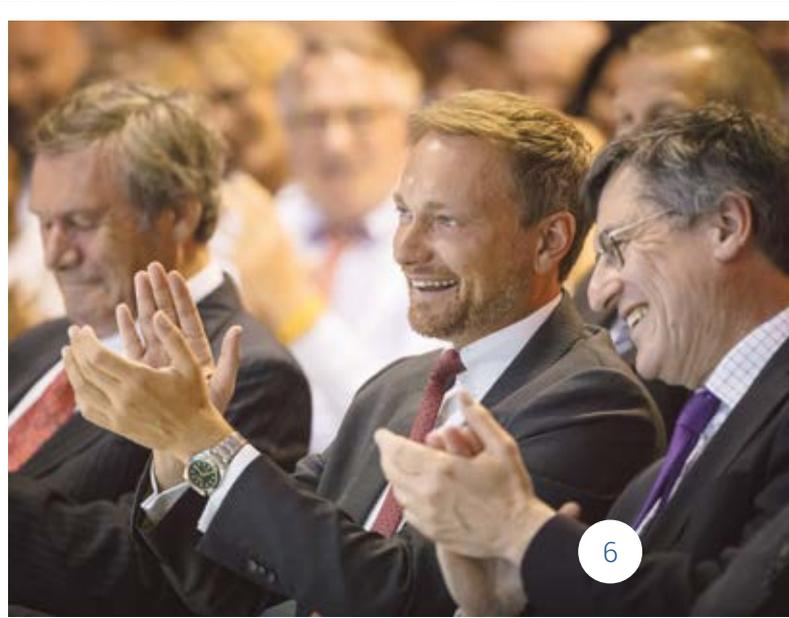
- 1 Rede von Christian Lindner MdB
- 2 Prof. Dr. Jürgen Morlok, Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, begrüßt die Gäste.
- 3 Festrede von Dr. Angela Merkel
- 4 Hauptgeschäftsführer Steffen Saebisch begrüßt die Bundeskanzlerin.
- 5 Prof. Dr. Norbert Lammert, Prof. Dr. Jürgen Morlok, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Manfred Richter
- 6 Dr. Wolfgang Gerhardt, Christian Lindner MdB, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué
- 7 Rede von Prof. Dr. Norbert Lammert
- 8 Geschichte trifft auf Moderne – visuell und inhaltlich.
- 9 Dr. Wolfgang Gerhardt sprach vor rund 600 Gästen aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Stiftungswesen.
- 10 Dr. Angela Merkel, Joachim Gauck



7



8



STABWECHSEL PAQUÉ FOLGT AUF GERHARDT

Das Kuratorium der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wählte am 9. März 2018 einen neuen Vorstand, dessen vierjährige Amtszeit im September begann. Neuer Vorsitzender wurde Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften in Magdeburg und ehemaliger Finanzminister von Sachsen-Anhalt. Er übernahm das Amt von Dr. Wolfgang Gerhardt, Staatsminister a. D., der es seit 2006 innehatte und nicht mehr angetreten war. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesjustizministerin a. D., war zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. Neu in den Vorstand berufen wurden die Volkswirtin Bettina Stark-Watzinger MdB sowie der ehemalige Staatsminister im Auswärtigen Amt Michael Georg Link MdB. In seinem Amt als Schatzmeister bestätigt wurde der ehemalige Oberbürgermeister von Bremerhaven Manfred Richter.

Am 24. September wurde der Stabwechsel feierlich vollzogen: Nach zwölf Jahren übergab Dr. Wolfgang Gerhardt die Amtsgeschäfte in die Hände seines Nachfolgers Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué. In einer Festveranstaltung in der Bauakademie am Schinkelplatz wurde mit hochkarätigen liberalen Rednern und Gästen der Vorstandswechsel gefeiert. Es sprachen der Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung Prof. Dr. Jürgen Morlok, Dr. Wolfgang Gerhardt, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué und Christian Lindner MdB, Vorsitzender der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag.

Prof. Dr. Jürgen Morlok würdigte den langjährigen Vorstandsvorsitzenden: „Gleich nach der Übernahme des Vorsitzes des Vorstands durch Dr. Wolfgang Gerhardt hat die Friedrich-Naumann-Stiftung ihren traditionsreichen Namen um den zentralen Grundwert unserer Gesellschaft erweitert: den der Freiheit.“



Der Kuratoriumsvorsitzende Prof. Dr. Jürgen Morlok (l.) mit Dr. Wolfgang Gerhardt (4.v.l.) und dem neuen Vorstand (v.l.n.r.): Manfred Richter, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Bettina Stark-Watzinger MdB, Michael Georg Link MdB

In Hinblick auf die Zukunft einer Gesellschaft, die durch die Herausforderungen von Migration und Populismus geprägt werde, sagte Dr. Wolfgang Gerhardt in seiner Rede: „Wir müssen uns deshalb erneut und immer wieder der Grundlagen unserer freiheitlichen Ordnung bewusst sein. In ihren Fehlern und Schwächen, aber auch in ihrer Kraft.“ Er blickte zudem auf eine herausfordernde Zeit zurück: „Die Friedrich-Naumann-Stiftung arbeitet weltweit in vielen Ländern. Wir mussten unser Büro in Peking schließen, wir haben zuletzt wieder eines in Hongkong aufgemacht. Wir konnten in Ägypten nicht mehr arbeiten, wir haben in Amman ein neues Büro eröffnet“, sagte Gerhardt. „Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit vertritt die Freiheit und sie gibt nie auf.“

Christian Lindner MdB betonte den politischen Stil des Liberalen Wolfgang Gerhardt, der als Vorgänger im Bundes- und Fraktionsvorsitz die Geschicke der FDP geprägt hatte. Auch bei schwierigen politischen Konflikten habe Gerhardt immer auf Diskurs und Ausgleich gesetzt. „Politik ist immer auch eine Stilfrage. Man wird die Rechtspopulisten nicht klein machen, indem man sich auf ihr Niveau beugt.“ Mit Blick auf den Stabwechsel und die Agenda des neuen Vorstandes der liberalen Stiftung sagte Lindner: „Du bringst einen internationalen Horizont mit ein, den präzisen Blick eines Ökonomen. Wir freuen uns, die nächsten Kapitel aufzuschlagen und die der gemeinsamen Geschichte der liberalen Familie weiterzuführen.“



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué skizzierte in seinem Ausblick die großen Herausforderungen in schwierigen Zeiten für freiheitlich-liberales Denken und wies auf den grassierenden Populismus im Westen, autoritäre Tendenzen im Osten, zunehmenden Staatskapitalismus und Protektionismus hin. Doch er zeigte sich zuversichtlich: „Das Bewusstsein für die liberalen Werte von Freiheit, Rechtsstaat und Marktwirtschaft wird immer dann geschärft, wenn diese bedroht sind. Das motiviert uns als Friedrich-Naumann-Stiftung, in der Zukunft für diese Werte noch mehr zu tun, als in der Vergangenheit möglich war.“

Paqué formulierte mehrere Ziele für die Zukunft der Stiftung: die Stärkung der Rolle der Stiftung als Think-Tank des Liberalismus in der liberalen Familie, ein erweitertes digitales Angebot in der Kommunikation, vielfältige Veranstaltungsformate in den Bundesländern, die Nutzbarmachung der Expertise der Auslandsarbeit für den Bildungsauftrag im Inland, die intensivere Förderung des liberalen Nachwuchses und die Pflege der Geschichte des Liberalismus.

Weitere Informationen zum Vorstand finden Sie auf www.freiheit.org/vorstand.

Die Reden zum Festakt anlässlich des Wechsels des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit finden Sie in der Broschüre „Stabwechsel“ auf shop.freiheit.org/#!/Publikation/785.

„POLITIK IST IMMER AUCH EINE STILFRAGE.“

Christian Lindner MdB



Impressionen vom Stabwechsel
aus der Bauakademie

7. FREIHEITSPREIS KÄMPFER FÜR DIE FREIHEIT

Freiheit ist das zentrale Thema seines Lebens: Joachim Gauck, Bundespräsident von 2012 bis 2017, erhielt den Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung am 17. November 2018 vor rund 700 Gästen in der Frankfurter Paulskirche. Die Stiftung würdigte damit Joachim Gaucks langjährigen, herausragenden Einsatz für die Freiheit, die er als ehemaliger Pastor und Politiker gelebt, verteidigt und immer im öffentlichen Bewusstsein gehalten hat. Sie galt ihm stets als Bedingung für Gerechtigkeit und Selbstverwirklichung und prägt sein öffentliches Wirken bis heute.

„Ja zur Mannigfaltigkeit und Toleranz bedeutet nicht, dass wir unsere Grundwerte zur Disposition stellen“, sagte Gauck in seiner eindrucksvollen Rede. Freiheit brauche die Offenheit der Entscheidungen: „Wir stehen vor Herausforderungen, die in der Geschichte ohne Beispiel sind.“ Entscheidend sei die Freiheit des Einzelnen in einem freien Gemeinwesen.

„Es gibt in fast allen Schichten eine Flucht in Gefühle der Ohnmacht und Resignation“, warnte er. „Dies liegt auch daran, dass sich eine neue Klassengesellschaft herausbildet: auf der einen Seite die hervorragend gebildete, hoch qualifizierte, kosmopolitische Mittelschicht, auf der anderen Seite beruflich gering Qualifizierte.“ Während die einen dem Wandel unserer Gesellschaft mit Freu-

de entgegenblicken und diesen als Chance sehen, empfinden ihn die anderen als Bedrohung.

„Wir müssen die Ängste der Menschen ernst nehmen, dürfen ihnen aber nicht folgen“, sagte Gauck. „Toleranz entsteht dann, wenn wir tief überzeugt sind von unseren Grundwerten und trotzdem noch offen sind für jene, die dazu Fragen oder Kritik haben.“ Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss, stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, hob Gaucks Verdienste für eine freiheitliche Gesellschaft hervor: „Sie haben sie gefühlt, als sie fehlte, Sie haben sie gelebt, als es gefährlich war, Sie haben sie verteidigt, als sie umstritten war.“ In einer Zeit, in der die äußere Freiheit fehlte, habe Gauck Menschen Mut gemacht, sie bestärkt in der Gewissheit, dass es eine Sphäre persönlicher Freiheit gebe, in der die innere Freiheit der Entscheidung jedem Einzelnen erhalten bleibt. Das Erwachen von Bürgersinn und Zivilcourage sei das große Geschenk und Vermächtnis, das die Bürger der ehemaligen DDR der deutschen Freiheitsgeschichte gemacht hätten.

„Müsste man den Prototypen eines Liberalen, eines freien, unabhängigen und gleichzeitig verantwortlichen Menschen erfinden, er wäre es“, sagte Nicola Beer, Generalsekretärin der FDP, in ihrem Grußwort.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zeichnet mit dem Freiheitspreis alle zwei Jahre eine Persönlichkeit aus, die entscheidende Impulse für die Entwicklung einer liberalen Bürgergesellschaft gegeben und damit zur Festigung freiheitlicher Werte und Ziele in der Welt beigetragen hat. 2006 ging der Freiheitspreis an den früheren Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, 2008 an den Literaturpreisträger Mario Vargas Llosa, 2010 an die Publizistin Dr. Necla Kelek, 2012 an den Philosophen Professor Dr. Wolfgang Kersting, 2014 an die Ministerpräsidentin der südafrikanischen Provinz Westkap Helen Zille und 2016 an Kaspar Villiger, ehemaliger Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Weitere Informationen zu allen Preisträgern finden Sie auf der Themenseite www.freiheit.org/freiheitspreis.



„JA ZUR MANNIGFALTIGKEIT UND TOLERANZ.“

Joachim Gauck

Prof. Dr. Jürgen Morlok (l.), der
Preisträger Joachim Gauck (Mitte)
und Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué



12. BERLINER REDE ZUR FREIHEIT DAS SCHIFF DER FREIHEIT WIRD NICHT UNTERGEHEN

Ein englischer Europäer gab sich die Ehre: Timothy Garton Ash, britischer Historiker und Professor of European Studies an der University of Oxford, hielt die 12. Berliner Rede zur Freiheit am Brandenburger Tor am 25. April 2018.

Die persönliche Leidenschaft, die für Garton Ash hinter dem Begriff Freiheit steckt, bekamen auch die Besucher zu spüren. Eine Leidenschaft, die ihn neben seiner „intellektuellen Qualität, Ausdrucksfähigkeit und breitem Wissen“ zum passenden Redner für die Traditionsveranstaltung machte, wie Wolfgang Gerhardt, damaliger Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, in seiner Begrüßung feststellte.

In Zeiten der „antiliberalen Konterrevolution in Form des reaktionären Populismus“ forderte Timothy Garton Ash alle liberal Denkenden auf, „selbstkritische Kämpfer“ zu sein. In verschiedenen Punkten habe der Liberalismus Fehler gemacht: Die Reduzierung auf das Wirtschaftliche, sein elitäres Gewand und Auftreten und schließlich die abstrakte, technokratische Rhetorik, so Garton Ash.

Die logische Konsequenz sei eine „pseudoliberalen Einengung des Diskurses gewesen, in der bestimmte Alternativen nicht mehr diskutiert wurden.“ Ein großer Fehler, meinte der Träger des Karlspreises 2017. Auf die Frage „Was tun?“ gab Garton Ash zwei Antworten: Einerseits muss der Liberalismus dreidimensionaler werden und andererseits muss Europas normative Kraft wieder erstarben.

Die Dreidimensionalität des Liberalismus liege für den britischen Historiker in den französischen Grundsätzen „liberté, égalité, fraternité“. Gerade die letzten beiden seien zu sehr in den Hintergrund geraten, meinte Garton Ash. Dabei gehören „die Gleichheit der Aufmerksamkeit und des Respekts“ und ein „Gemeinschaftsgefühl“ genauso zu einem modernen Liberalismus wie die freiheitlichen Werte. Als Lösung für Europas aktuelle Schwäche sieht Garton Ash die stärkere Verknüpfung der Wirtschafts- mit der Werteunion. Keine leichte Aufgabe, das räumte er ein, „aber wir müssen sehen, was auf dem Spiel steht“.



Prof. Timothy Garton Ash sprach in seiner Berliner Rede zur Freiheit über die Zukunft der liberalen Demokratie



**„WIR MÜSSEN
SEHEN, WAS
AUF DEM
SPIEL STEHT.“**

Prof. Timothy Garton Ash

Der Oxford-Professor schaute trotz aller Herausforderungen optimistisch in die Zukunft: „Ich glaube, dass wir für Jahre und Jahrzehnte eine Zeit der Unfreiheit vor uns haben – doch sie wird nicht obsiegen, wenn wir kämpfen. Weltweit gibt es Abertausende Menschen, die das Gefühl der Freiheit erlebt und nicht vergessen haben. Es gibt Abertausende, die für die Freiheit kämpfen, und Abermillionen, die, wenn es so weit ist, sich sofort für mehr Freiheit entscheiden würden. Das Schiff der Freiheit wird nicht untergehen.“

Die Redner zur Freiheit setzen jährlich mit ihren Worten am Brandenburger Tor ein eindrückliches Zeichen für den Wert der Freiheit. Zu den bisherigen Rednern gehörten Udo di Fabio, Heinrich August Winkler, Joachim Gauck, Paul Nolte, Peter Sloterdijk, Karl Kardinal Lehmann, Gabor Steingart, Mark Rutte, Zhanna Nemzowa, Ryszard Petru und Christian Lindner.

Weitere Informationen und alle Videos der Reden gibt es auf der Themenseite www.freiheit.org/thema/rede-zur-freiheit.



4. RAIF BADAWI AWARD

LEUCHTTÜRME DES JOURNALISMUS

Das unabhängige Journalistennetzwerk „Arab Reporters for Investigative Journalism“ (ARIJ) aus Jordanien wurde am 10. Oktober 2018 mit dem Raif Badawi Award for courageous journalists auf der Frankfurter Buchmesse ausgezeichnet. Die unabhängige Jury hatte die Organisation für ihren mutigen Einsatz für investigative Berichterstattung in einem immer schwieriger werdenden Umfeld und für die Unterstützung journalistischer Rechercheprojekte in mehr als zwanzig arabischen Ländern ausgewählt. Die ‚Arab Reporters for Investigative Journalism‘ seien Leuchttürme in einer dunkler werdenden Welt, hieß es in der Begründung der Jury. Ensaf Haidar, Ehefrau des inhaftierten saudischen Bloggers Raif Badawi, überreichte der Gründerin und Leiterin von ARIJ, Rana Sabbagh, stellvertretend den Preis.

Die 2005 in Amman gegründete, unabhängige Journalistenvereinigung ARIJ war die erste Medienorganisation in der Region, die sich der Förderung von investigativem Journalismus in arabischen Redaktionen widmete.

Aus Kooperationen im Netzwerk entstehen investigative Recherchen zu sensiblen Themen wie

Skandale in jordanischen Waisenhäusern oder Missbrauch von Geldern für Schulbauprojekte im Irak. „Mit unserer Arbeit wollen wir dafür sorgen, dass sich Raif Badawis Schicksal für andere nicht mehr wiederholt“, betonte Rana Sabbagh in ihrer Danksagung. Doch der Weg dahin sei steinig und gefährlich. Seit dem so genannten Arabischen Frühling würden Journalisten und das Netzwerk in ihrer Arbeit von den Regierungen in der arabischen Welt noch stärker behindert und unterdrückt als je zuvor: „Sicherheitsgründe‘ sind ein häufiger Vorwand, um Journalisten unter einem vagen Terrorismusgesetz zu verfolgen.

„AUF MEDIEN-
FREIHEIT
DRÄNGEN!“

Rana Sabbagh

Auszeichnung für das jordanische Journalistennetzwerk ARIJ: Rana Sabbagh (l.) nimmt stellvertretend den Award entgegen





(v.l.n.r.) Alexander Skipis, Ensaf Haidar, Rana Sabbagh, Pinar Atalay, Constantin Schreiber, Sabine Leutheusser- Schnarrenberger

In meinem Land geben 95 Prozent der Journalisten zu, Selbstzensur zu praktizieren. Was von den Grundfreiheiten übrig geblieben ist, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, ist nahezu ausgelöscht", so Sabbagh. Sie werde aber nicht schweigen und weiterhin auf Medienfreiheit drängen.

Die besonderen Verdienste von ARIJ würdigte die Journalistin Pinar Atalay in ihrer Laudatio: „Die Gründungsmitglieder von ARIJ träumten davon, ihre Gesellschaften voranzubringen, indem sie durch unabhängigen und investigativen Journalismus Transparenz fördern und Missstände aufzeigen. Dazu trägt ARIJ heute definitiv bei: Die Liste der investigativen Recherchen ist lang und beeindruckend“. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesjustizministerin a. D. und stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, gratulierte zu dieser Wahl: „Im ‚Fall Badawi‘ geht es um nicht weniger als die universelle Geltung von Menschenrechten. Doch siebenzig Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sind die uns selbstverständlichen

Rechte in der arabischen Welt leider die Ausnahme und nicht die Regel. Das Journalistennetzwerk ARIJ ist so eine Ausnahme. Es hat sich als starke und überzeugende Stimme für Menschen- und Bürgerrechte in der arabischen Welt positioniert und macht nicht an Staatsgrenzen halt.“ Der von Badawis Ehefrau Ensaf Haidar und TV-Moderator Constantin Schreiber initiierte Journalistenpreis soll an den inhaftierten saudischen Blogger Raif Badawi erinnern, der wegen seiner islamkritischen Texte zu 1.000 Peitschenhieben und zehn Jahren Haft verurteilt wurde. 2015 erhielt der marokkanische Journalist Ali Anouzla den Preis; 2016 wurden die Journalistinnen des Flüchtlingsradios Dange NWE in Halabja (Irak) für ihre Arbeit ausgezeichnet; 2017 wurde der Award an den türkischen Investigativ-Journalisten Ahmet Şık vergeben. Der Preis wird vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V. unterstützt.

Weitere Informationen zu allen Preisträgern des Raif Badawi Awards finden Sie auf der Themenseite www.freiheit.org/badawiaward.

The background features a large, abstract graphic design. A prominent pink shape, resembling a stylized '2' or a large bracket, curves across the page. It overlaps a blue rectangular area and a white area. The text 'OFFENE GESELLSCHAFT' is positioned in the lower half of the image, with 'OFFENE' in blue and 'GESELLSCHAFT' in white, all in a bold, sans-serif font.

**OFFENE
GESELL
SCHAFT**



Wir leben in einer Welt der Ungewissheit. Niemand weiß genau, was wahr und was gut ist. Darum müssen wir immer neue und bessere Antworten suchen. Das geht aber nur, wenn Versuch und Irrtum erlaubt sind, ja, ermutigt werden, also in einer offenen Gesellschaft. Sie wenn nötig zu verteidigen und sie jederzeit zuentwickeln, ist daher die erste Aufgabe.

LORD RALF DAHRENDORF



- 24 Erster Menschenrechtsbericht der Stiftung
- 26 Neue LGBTQI-Plattform „Africa’s Pride“
- 28 Heimat-Debatte
- 30 Ein Rabbiner, ein Rapper und ein Historiker diskutierten in Lübeck und Schwerin: Haben wir in Deutschland ein Antisemitismus-Problem?
- 32 Boris-Nemtsov-Preis
- 34 Gedenken an die Widerstandsbewegung „Weiße Rose“

PUBLIKATION

LIBERALE MENSCHENRECHTSARBEIT 2018

Die Freiheits- und Menschenrechte bilden das Fundament und die Grundvoraussetzung für eine liberale Welt. Vor diesem Hintergrund setzt sich die Stiftung für die Freiheit seit vielen Jahren weltweit für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte ein. Anlässlich des 4. Novembers, dem Unterzeichnungsdatum der Europäischen Menschenrechtskonvention, legt die Stiftung 2018 ihren ersten Menschenrechtsbericht vor.

70 Jahre nach der Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) und genau 60 Jahre nach Gründung der Stiftung will diese damit durch Beispiele aus ihrer weltweiten Tätigkeit die Diskussion um eine effektivere internationale Menschenrechtsarbeit und Menschenrechtspolitik anregen. Der Bericht zur „Liberale Menschenrechtsarbeit 2018“ der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gibt einen Überblick über die Projekte der Stiftung rund um das Thema Menschenrecht auf mehreren Kontinenten in den Jahren 2017 und 2018.

Gleichzeitig sollen Diskussionsanstöße gegeben werden, wie eine kohärentere Menschenrechtspolitik für Europa und die Welt aussehen könnte. Der Bericht wurde am 5. November 2018 auf dem Menschenrechtskongress in Nürnberg vorgestellt. Dieser fand unter Beteiligung von Bundesjustizministerin a. D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, des Vorsitzenden des Nürnberger Menschenrechtszentrums, PD Dr. Michael Krennerich, des Geschäftsführers von Reporter ohne Grenzen, Christian Mihr, und des bulgarischen Journalisten Nikolay Staykov statt. Schwerpunkt des Kongresses war die Frage, worin die Vor- und Nachteile oder sogar Gefahren der Digitalisierung für die Menschenrechte liegen.

Frauen-Empowerment in
Indien: Landrechte für
marginalisierte Bäuerinnen





Spielerisch Menschenrechte vermitteln: Das „Human Rights Card Game“ im Einsatz an der Satit Pattana Schule in Bangkok.

Einsatz für die Freiheit heißt Einsatz für die Menschenrechte. Ob bewaffnete Konflikte, Armut oder Korruption – Menschenrechtsverletzungen kennen viele Gründe. Die Auswirkungen sind drastisch und treffen nicht mehr nur entlegene Gebiete des Globalen Südens, sondern sind als Ursache für Flucht, Migration oder Extremismus auch Themen, mit denen wir uns in Deutschland mehr beschäftigen müssen. Krieg und Vertreibung, Armut und Korruption waren auch in den letzten zwei Jahren die Hauptursachen für Menschenrechtsverletzungen rund um die Welt. Besonders beunruhigend sind die Entwicklungen im Bereich der Presse- und Meinungsfreiheit. In Nordkorea, Iran, Saudi-Arabien oder China existiert sie so gut wie gar nicht. In Russland und der Türkei wird systematisch gegen Journalistinnen und Journalisten vorgegangen. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit begreift diese menschenrechtlichen Herausforderungen vor allem als Ansporn für die politische Bildungsarbeit im In- und Ausland. Sie setzt sich in über 60 Staaten der Erde für die Menschenrechte ein.

Den Bericht zur „Liberalen Menschenrechtsarbeit 2018“ der Stiftung finden Sie zum Lesen und Herunterladen auf www.freiheit.org/menschenrechte.



Der erste Menschenrechtsbericht der Stiftung wurde auf dem Nürnberger Menschenrechtskongress vorgestellt.

SABINE LEUTHEUSSER- SCHNARRENBERGER

LGBTQI-PLATTFORM „AFRICA'S PRIDE“ DER STIFTUNG

Die Rechte von LGBTQI (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Transsexual, Queer und Intersex Life) sind weltweit bedroht, doch besonders schwierig ist die Lage in Afrika. Laut dem State Sponsored Homophobia Report der ILGA sind gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen in 72 Ländern illegal – davon 33 Länder in Afrika. Die aktuelle Entwicklung auf dem Kontinent ist besorgniserregend: Im Sudan, südlichen Somalia, Somaliland, nördlichen Nigeria und in Mauretanien wird Homosexualität laut Amnesty International mit dem Tod bestraft. In Uganda gab es kürzlich Bestrebungen, die Todesstrafe für Homosexuali-

tät einzuführen. In Uganda, Tansania und Sierra Leone kann jemand, der gegen die Homosexualitätsgesetze verstößt, zu lebenslanger Haft verurteilt werden. Die Behörden in Tansania verboten zuletzt Nichtregierungsorganisationen, LGBTQI medizinisch zu versorgen. Der Gouverneur von Dar es Salaam, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum Tansanias, verkündete, dass er ab jetzt viele Verhaftungen von Schwulen durchführen lassen werde. Er rief sogar die Bevölkerung zur Denunziation auf: Sie solle den Behörden jeden melden, den sie für schwul hielten.



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Stellvertretende Vorsitzende des
Vorstandes der Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit und Bundes-
justizministerin a. D.



Diese Zustände sind erschreckend. Auf dem Kontinent hat Südafrika noch die liberalste Grundhaltung. Die Verfassung garantiert Lesben und Schwulen die gleichen Rechte. Auch die gleichgeschlechtliche Ehe ist seit 2006 legal. Trotzdem sind LGBTQI auch hier immer noch Gewalt und gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt.

Toleranz ist eine schwierige Sache. Es ist schwer, sie von außen zu erzwingen. Manchmal ist es ein langsamer Prozess. Deutschland ist im Großen und Ganzen tolerant, doch auch hier wurde erst vor kurzem die gleichgeschlechtliche Ehe legalisiert – ein längst überfälliger Schritt. Das kam allerdings nicht zustande durch Druck von außen, sondern weil die Zeit dafür schlicht reif war. Wir können demnach Toleranz nicht von außen forcieren, doch wir können – und wir sollten – diejenigen unterstützen, die sich aktiv für Toleranz gegenüber LGBTQI einsetzen. Und natürlich sollten wir auch die Länder auf ihre Versprechungen in den internationalen Menschenrechtsverträgen aufmerksam machen.

Nicht alles ist schlecht. In vielen afrikanischen Staaten war Homosexualität zwischen Erwachsenen niemals strafbar. Einige Staaten wie Lesotho, São Tomé und Príncipe, die Seychellen und Mozambik haben in den letzten Jahren Gesetze gegen Sodomie abgeschafft; in Angola, Mauritius, Tunesien und Botswana ist die Legalisierung geplant. Swasiland hat vor Kurzem seine erste Gay Pride Parade veranstaltet.

„UNSER ZIEL: GRUNDRECHTE FÜR ALLE MENSCHEN.“

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Mit der Facebook-Seite „Africa's Pride“ hoffen wir, den LGBTQI in ganz Afrika eine Plattform zu bieten, um Informationen und Ideen auszutauschen oder sogar Hilfe zu suchen. Dies gilt besonders für diejenigen, die in ihren Ländern unterdrückt und schikaniert werden. Und LGBTQI, die unter etwas besseren Umständen leben, können Solidarität zeigen und Ratschläge geben. Die interaktive Plattform wird von verschiedenen NGOs und Aktivisten wie Thozama Njobe und Roberto Quintas betreut. Wir alle verfolgen das gleiche Ziel: Freiheit, Individualität und fundamentale Grundrechte für alle Menschen – egal, wie sie sich identifizieren und wen sie lieben.

Den ungekürzten Meinungsartikel finden Sie unter www.freiheit.org/lgbtqi-afrika.

MIGRATION

HEIMAT-DEBATTE ZWISCHEN RUHRPOTT UND HOMS

Isst Heimat ein Ort, die Familie, eine Landschaft oder eine bestimmte Esskultur? Der Begriff ist in aller Munde, unter Deutschen und hier lebenden Geflüchteten. Eine allgemeingültige Definition gibt es nicht. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Diwan“ in Kooperation mit dem Tagesspiegel diskutierten am 26. Februar 2018 Bernd Ulrich, stellvertretender Chefredakteur der ZEIT, und Souad Abbas, die syrische Chefredakteurin der Flüchtlingszeitung ABWAB, wie Deutschland eine (neue) Heimat für alle hier lebenden Menschen sein kann.

„Im Arabischen bedeutet „Watan“ ein Stück Land, auf dem man beschließt, sich niederzulassen“, erklärte Abbas. Damit habe Heimat immer etwas mit persönlicher Entscheidung zu tun, sagt die studierte Völkerrechtlerin und Bauingenieurin, die seit Herbst 2017 die auf Arabisch und Deutsch erscheinende Zeitung ABWAB führt, die mit einer Printauflage von 40.000 Exemplaren monatlich erscheint und online mehr als 100.000 Follower hat.

Bernd Ulrich, der aus dem Ruhrgebiet stammt, definierte für sich Heimat als eine Zone, in der Sicherheit herrsche und gleichzeitig Raum für Unsicherheit möglich sei. Heimat sei ein Prozess und kein feststehendes Gut, da sich die Gesellschaft und das persönliche Leben verändern – auch unabhängig vom Zustrom von Flüchtlingen. Alte Heimaten gingen verloren und die Deutschen müssten sich gerade neu „beheimaten“, sagt der Autor des Buches: „Guten Morgen, Abendland. Der Westen am Beginn einer neuen Epoche. Ein Weckruf“.



Diwan: „(Neue) Heimat Deutschland“ mit Dr. Dorothee Nolte (l.), Souad Abbas, Bernd Ulrich und Sascha Tamm

**„ICH BIN
NICHT TYPISCH
SYRISCH.“**

Souad Abbas

Die aus Homs stammende Syrerin Abbas, die seit vier Jahren in Deutschland lebt, fühlt sich in Berlin zu Hause. Orte wie die Sonnenallee in Neukölln, „wo ich alle syrischen Dialekte höre“, würden dazu beitragen, dass sie Berlin als neue Heimat betrachten kann. Wenn man sich aber nur unter Landsleuten aufhalte, könne man nicht ankommen, fügte sie gleich hinzu. Auch für Bernd Ulrich stehen Sprache, gemeinsame Geschichte und eine bestimmte kulturell geprägte Mentalität im Zentrum der Identität. Aber als seine Heimat könne er nur eine Gesellschaft betrachten, in der auch Platz für Menschen wie Souad Abbas sei.

Den Deutschen gehen laut Ulrich gerade viele Gewissheiten gleichzeitig verloren: Die Globalisierung sei in einer Phase, in der 500 Jahre westlicher Dominanz zu Ende gingen. Gleichzeitig stelle sich die ökologische Frage, in der sich Räume verengen, und die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft immer weniger akzeptiert werde: Dies seien die Gründe für die nachvollziehbare Verunsicherung der Deutschen – die Schaffung eines Heimatministeriums sei ein Ausdruck davon. Deutschland habe aber eine gute Integrationsgeschichte, wenn

man an die Eingliederung der Vertriebenen denke oder an spätere Einwanderungswellen. Souad Abbas bewundert die deutsche Gesellschaft dafür, dass sie sich in eine offene und liberale Gesellschaft verwandelt hat. Vielleicht sei es leichter mit der Integration, wenn man die Konzepte von „typisch deutsch“ oder „typisch syrisch“ über Bord werfe. „Ich bin nicht typisch syrisch“, erklärte sie – die Syrer im deutschen Exil lernten erst hier, wie unterschiedlich sie seien. Die ethnischen, politischen, religiösen Unterschiede seien unter der Diktatur der Assads nie diskutiert worden. „Die Frage, was Syrer eigentlich miteinander verbindet, wird unter den Geflüchteten in Deutschland derzeit heftig debattiert.“ Ihr Fazit: „Ich glaube nicht, dass wir eine allgemein akzeptierte Definition finden werden. Aber in Deutschland könnten die Geflüchteten lernen, den Anderen zu akzeptieren, auch untereinander.“ Eine gute Grundlage für Integration in beiden Richtungen.

Weitere Informationen zur Migration finden Sie auf unserer Themenseite www.freiheit.org/thema/migration.



ANTISEMITISMUS IN DEUTSCHLAND

EIN RABBINER, EIN RAPPER UND EIN HISTORIKER DISKUTIEREN

Die Frage stellt sich nicht erst, seit bekannt wurde, dass während der Chemnitzer Demonstrationen ein jüdisches Geschäft angegriffen wurde: Haben wir in Deutschland ein Antisemitismus-Problem? Die Antwort muss leider deutlich mit Ja beantwortet werden – da waren sich die Referenten auf dem Podium sowohl in Lübeck als auch in Schwerin einig.

Der Historiker Dr. Roman Töppel (Mitherausgeber von „Mein Kampf – eine kritische Edition“), der jüdische Rapper und YouTuber Ben Salomo und der Landesrabbiner von Mecklenburg-Vorpommern Yuriy Kadnykov diskutierten auf zwei Veranstaltungen des Regionalbüros Lübeck über Antisemitismus früher und heute. Nachdem Dr. Roman Töppel einen kurzen Vortrag über den historischen Antisemitismus vor allem mit Fokus

auf die 1920er bis 1940er Jahre und Hitlers stufenweise Ausbildung der Judenfeindlichkeit gehalten hatte, berichteten der Rabbiner und der Rapper aus ihrer jüdischen Lebenswelt. Der Antisemitismus in Deutschland ist nicht erst seit dem Echo-Skandal um die Rapper Kollegah und Farid Bang ein Thema. Im Deutschrap beispielsweise gibt es schon seit Jahren ein Antisemitismus-Problem.

Ben Salomo, Gründer der erfolgreichsten Live-Battle-Rap-Liga in Deutschland – sein YouTube-Kanal RapAmMittwoch TV hat fast eine halbe Million Abonnenten – zog vor wenigen Monaten die Konsequenz und zog sich aufgrund von Judenfeindlichkeit in der Rap-Szene aus der Reihe zurück. Der Künstler sieht es sogar als gesamtgesellschaftliches Problem: Rapper seien Vorbilder für Millionen junge Menschen.

Die Referenten (v.l.n.r.) Ben Salomo, Roman Töppel und Yuriy Kadnykov vor dem Veranstaltungsort in Schwerin





Die Referenten im Gespräch mit
Rechtsextremismusexperte
Christoph Giesa (2.v.r.)

Antisemitische Tendenzen in den Texten wie beispielsweise „Mein Körper definierter als von Auschwitzinsassen“ bilden den Nährboden für die Verharmlosung von Antisemitismus und Judenhass.

Der Landesrabbiner von Mecklenburg-Vorpommern, der für 1.500 Gemeindemitglieder zuständig ist, berichtete ebenfalls von alltäglichem Antisemitismus, beispielsweise wenn in der Klasse seiner Tochter ein jüdenfeindlicher Witz erzählt und anschließend auf dem Elternabend thematisiert wird. Immer wieder werden jüdische Friedhöfe geschändet, indem Davidsterne entfernt werden. Vor schlimmeren Anschlägen schützt sich die Gemeinde laut Yuriy Kadnykov in ihren Zentren mit Panzerglas.

Auch im Jahr 2018 ist es für Juden alles andere als einfach in Deutschland. Denn der Antisemitismus kommt von gleich drei Seiten: von rechts aus neonazistischen Kreisen, von linken Israelkritikern und von antisemitischen Muslimen. Roman Töppel sieht die Grundlage für die ausgeprägte Judenfeindlichkeit u. a. in Angst, die grundlos geschürt wird – es wird ein Schuldiger für die eigenen Probleme gesucht. Gehirnwäsche funktionierte schon bei den Nazis immer über Emotionen, so Töppel in seinem Einführungsreferat.

Wie man als junger Mensch reagieren soll, wenn Mitschüler antisemitische Witze erzählen, fragt eine 16-jährige Schülerin aus Lübeck: Eine schwierige und gute Frage, so die Referenten; nicht mitzulachen ist schon mutig, sich mit denjenigen auseinanderzusetzen, die nicht beratungsresistent sind, und vor allem nach dem „Warum“ zu fragen, ist eine weitere Möglichkeit.

Ein Rapper und ein promovierter Historiker auf dem Podium: Ein Experiment, das geglückt ist und fortgeführt werden sollte. Vor allem an Schulen – denn, so der Rechtsextremismusexperte Christoph Giesa, der beide Podiumsdiskussionen leitete: „Gerade junge Menschen müssen für dieses Thema sensibilisiert werden.“



3. BORIS-NEMTSOV-PREIS HERZ UND RÜCKGRAT DER LIBERALEN OPPOSITION

Der 2015 ermordete Boris Nemtsov war ein liberaler Hoffnungsträger in Russland. Zu seinem Gedenken wurde bereits zum dritten Mal der Boris-Nemtsov-Preis verliehen. Die Auszeichnung zeigt, dass es auch weiterhin mutige russische Freiheitskämpfer gibt.

Der Stiftungsrat der Boris-Nemtsov-Stiftung ehrte die russische Politaktivistin Nadezhda Mityushkina, die am 20. Juni 2018 den Boris-Nemtsov-Preis für besonderen Mut im Kampf um demokratische Werte und Menschenrechte sowie ein freies Russland erhielt. Als Teil der „Solidarnost“-Bewegung war sie an der Seite des 2015 ermordeten Oppositionspolitikers Boris Nemtsov eine der Hauptorganisatoren der Proteste von 2011 bis 2013. Sie bewahrt Nemtsovs Erbe bis zum heutigen Tag und hält – zusammen mit anderen Freiwilligen – regelmäßig Mahnwache auf der inoffiziell genannten „Nemtsov-Brücke“ im Herzen Moskaus.

Nadezhda Mityushkina widmete den Preis all ihren Mitstreitern, die immer wieder den Weg zu dem inoffiziellen Nemtsov-Mahnmal in Moskau finden und sein Erbe bewahren. Sie gehört zu den unermüdlichen russischen Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfern.

In ihrem Grußwort betonte Sabine Leutheuser-Schnarrenberger, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Mitglied im Stiftungsrat der Boris-Nemtsov-Stiftung für die Freiheit, wie wichtig es sei, dass beide Stiftungen diesen Raum der Begegnungen und des Dialogs schaffen: „Mit der Fußball-WM wird dem Kreml eine Bühne geboten, doch auch wir haben hier in Bonn eine Bühne. Sie mag zwar etwas kleiner sein, aber auf unserer Bühne stehen Menschen, die mit Leidenschaft und Herzblut für ihre Werte eintreten.“

Zhanna Nemtsova (r.) und Vladimir Kara-Murza überreichen den Boris-Nemtsov-Preis an Nadezhda Mityushkina.



In ihrer Laudatio beschrieb Gyde Jensen MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Bundestag, Mityushkina als „stille Kämpferin, die nicht im Vordergrund steht, aber das Herz und das Rückgrat der liberalen Opposition bildet“. An ihrem Beispiel und dem so vieler anderer sehe man, dass „Putin zwar Russland, aber Russland noch so, so viel mehr“ sei. Sie versprach in ihrer Funktion als Ausschussvorsitzende, diese Einzelschicksale verstärkt zu kommunizieren, um den Menschenrechtskampf mit Gesichtern und Geschichten zu versehen und so Aufmerksamkeit zu generieren.

Der Boris-Nemtsov-Preis wird jährlich für den mutigen Einsatz für Freiheit und Demokratie in Russland vergeben. Den ungekürzten Beitrag finden Sie auf www.freiheit.org/boris-nemtsov-preis-2018.

„MIT LEIDENSCHAFT UND HERZBLUT.“

Zhanna Nemtsova



GEDENKEN AN DIE „WEISSE ROSE“

ZIVILCOURAGE ALS HANDLUNGSMAXIME

Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit!“ Mit diesen Worten haben die Mitglieder der Weißen Rose vor 75 Jahren in Flugbltern zum zivilen Widerstand gegen das Naziregime aufgerufen. Grund genug, dieser mutigen Menschen zu gedenken und sich mit ihren Ideen und Meinungen zu beschäftigen. Organisiert von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit versammelten sich im Künstlerhaus am Lenbachplatz in München zahlreiche Gäste, um sich mit der Geschichte der Widerstandsgruppe zu beschäftigen und Lehren für die heutige Zeit zu ziehen.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, betonte, dass die Veranstaltung von üblichen Gedenkformaten abweichen soll: „Die kollektive Erinnerung wollen wir nicht nur als ein geschichtliches Seminar auffassen, sondern sie angesichts der Tagesaktualitten auch real vorleben.“

Prof. Dr. Miriam Gebhardt, Historikerin, Moderatorin Barbara Streidl, Sophie-Scholl-Darstellerin Lara Sienczak und Petra Wüllenweber, Autorin und Regisseurin des Theaterstücks „Die Weiße Rose“





Die Studenten Hans und Sophie Scholl waren Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“, ca. 1940

Ähnlich stellte Dr. Hildegard Kronawitter, 1. Vorsitzende der Weiße Rose Stiftung e.V., nicht nur die Entstehungsgeschichte ihrer Stiftung dar, sondern auch den eigenen Auftrag. Als Stiftung wollen sie nicht nur den damaligen zivilen Widerstand würdigen, sondern auch die Zivilcourage in der heutigen Zeit stärken. Mit der Rezitation aus dem Tagebuch von Sophie Scholl, Gesangseinlagen und dem szenischen Lesen von Auszügen aus dem Theaterstück „Die Weiße Rose“ wurden die Zuhörer auf den Impulsvortrag und die Podiumsdiskussion eingestimmt.

Die Historikerin Prof. Dr. Miriam Gebhardt berichtete im Impulsvortrag über die Sozialisation der jungen Mitglieder der Weißen Rose, die sie auch im Buch „Die Weiße Rose“.

Wie aus ganz normalen Deutschen Widerstandskämpfer wurden“ veröffentlicht hat. „Der Werdegang der Widerstandskämpfer wurde vor allem von der gelungenen Adoleszenzphase und der Fähigkeit, eine eigene Entscheidung zu finden, geprägt. Auch der Verlust der väterlichen Identifikationsfigur, die die Mitglieder auf diverse Art und Weise erlebt haben, hat zur Stärkung innerer Autonomie beigetragen“, erklärte sie. Hauptteil der Veranstaltung war die Podiumsdiskussion mit Miriam Gebhardt, Petra Wüllenweber, Autorin und Regisseurin des Theaterstücks Die Weiße Rose und der Sophie-Scholl-Darstellerin Lara Sienczak. Moderiert wurde der Austausch von der Journalistin Barbara Streidl.

Als Schlussrednerin trat Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, ehemalige Bundesjustizministerin und stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, auf. In einer leidenschaftlichen Rede unterstrich sie die wichtige Erinnerung an die Widerstandsbewegung und besonders einen Satz aus den Verhörprotokollen von Sophie Scholl: „„Einer muss ja doch mal schließlich damit anfangen.“ Dieser Satz sollte für unsere freiheitliche Gesellschaft zu einer Handlungsmaxime werden.“ Leutheusser-Schnarrenberger mahnte, die demokratische Erinnerung der Weißen Rose vor den Missbrauchsversuchen durch Rechtspopulisten zu schützen und die Bevölkerung über die Bedeutung der damaligen Widerstandsbewegung richtig aufzuklären. So würde unsere Fähigkeit, die innere Autonomie bezüglich der freiheitlichen Werte zu wahren, gestärkt werden – „ganz im Sinne der Weißen Rose“.

Den ungekürzten Beitrag finden Sie unter www.freiheit.org/weisse-rose.

**„ERINNERUNG
AUCH REAL
VORLEBEN.“**

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

BILDUNG



Wer wenig weiß, muss zu viel glauben. Deshalb setzt sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit seit ihrer Gründung für Bildung, für Lernen und überhaupt für den Zugang aller zu Schulen ein. Sie will Menschen befähigen, in Freiheit zu leben und von der Freiheit Gebrauch zu machen.

DR. WOLFGANG GERHARDT



- 38 „Die ukrainische Schule“
- 40 Politische Meinungsbildung im Netz
- 42 „Alle reden über Fußball, wir reden über Freiheit“
- 44 50 Jahre Archiv des Liberalismus

MEHR FREIHEIT IM BILDUNGSSYSTEM

„NEUE UKRAINISCHE SCHULE“

Die Umsetzung einer umfassenden Reform des ukrainischen Schulsystems begann 2018. Die Reform wird die ukrainische Gesellschaft stark verändern. 2017 als Gesetz „Über die Bildung“ verabschiedet, wagt sie den Sprung von einem System reiner Wissensvermittlung zu einem kompetenzorientierten Ansatz, der das einzelne Kind in den Mittelpunkt stellt und junge Menschen für die Herausforderungen der Welt von morgen vorbereitet.

Bettina Stark-Watzinger MdB, Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, diskutierte am 30. Oktober 2018 in Kiew mit ukrainischen Experten zum Thema „Beste Bildung – Voraussetzung für eine freie Gesellschaft“. Von der begonnenen Schulreform zeigte sie sich beeindruckt.

Die Herausforderungen durch die globalisierte und digitalisierte Welt seien in der Ukraine nicht anders als in Deutschland: „Früher ging es darum, den Menschen etwas beizubringen, heute geht es darum, ihnen einen Kompass zu geben.“ Sie betonte die fundamentale Bedeutung guter Schulbildung für die liberale Demokratie: „Wenn sich die Demokratie bei Ihnen weiterentwickeln soll, brauchen Sie selbstständig denkende, verantwortlich handelnde Menschen.“ Ihren Kiew-Besuch nutzte Frau Stark-Watzinger ebenfalls für Treffen mit liberalen ukrainischen Partnern der Stiftung. Das durch die Reform eingeführte Konzept der „Neuen ukrainischen Schule“ geht nun einen neuen und deutlich an europäischen Vorbildern orientierten Weg.

Unser Vorstandsmitglied Bettina Stark-Watzinger MdB plädiert für eine moderne Schulbildung.





Der Fokus liegt auf dem Erwerb von Schlüsselkompetenzen, zu denen neben Sprach- und naturwissenschaftlichen Kompetenzen auch IT-Kompetenz, Unternehmertum und Finanzwissen, ökologische Kompetenz sowie bürgerliche und soziale Kompetenzen gehören – letztere verbunden mit den Ideen von Demokratie und Menschenrechten, guter und gesunder Lebensweise sowie dem Bewusstsein für gleiche Rechte und Möglichkeiten.

Der Tagesablauf in der „neuen“ Grundschule gibt Raum für interaktive Lernformate. Gruppenarbeiten und „Lernen durch Tun“ lösen in Teilen den frontalen Unterricht ab.

Bereits im Vorjahr wurde das Konzept der „Neuen ukrainischen Schule“ an 100 Pilotschulen, vier in jeder Oblast, mit je zwei ersten Klassen ausprobiert. Während die abschließende Bewertung der Pilotphase noch aussteht, zeigen vorläufige Ergebnisse bereits positive Effekte. Die Lernmotivation sei gestiegen, und in den Bereichen Kommunikation, Teamwork und Präsentation von Arbeitsergebnissen erreichten die Erstklässler bessere Ergebnisse als Zweit- bis Viertklässler,

die nach dem alten System unterrichtet wurden. Die Bildungsreform enthält zudem Elemente, die der verbreiteten Korruption im ukrainischen Schulsystem entgegenwirken sollen. Künftig werden die Schulen finanzielle Autonomie und damit zusätzlichen Gestaltungsspielraum haben und ihre Einnahmen und Ausgaben einschließlich der Elternbeiträge in einem jährlichen Finanzbericht offenlegen.

Die Bildungsreform ist ein weiteres Beispiel für die bemerkenswerte Rolle, die zivilgesellschaftliche Akteure in der Ukraine seit der Maidan-Revolution 2013/14 innehaben. Die Umsetzung der Bildungsreform wird zwar erhebliche Hürden überwinden müssen – sei es der Mangel an Ressourcen, seien es antiquiertere Denkmuster und Abwehrhaltungen in der Lehrerschaft. Ein Schritt in die richtige Richtung ist diese Reform in jedem Fall.

Den ungekürzten Beitrag finden Sie auf www.freiheit.org/neue-ukrainische-schule.

PUBLIKATION

POLITISCHE MEINUNGSBILDUNG IM NETZ

Unser Informations- und Mediensystem verändert sich radikal: Die Sozialen Medien ergänzen stetig die traditionellen Medien wie Zeitung, Radio und Fernsehen. Demokratische Prozesse und unsere Debattenkultur stehen deshalb großen Herausforderungen gegenüber, denn auch die politische Welt wird immer digitaler. Symptomatisch für diese Veränderungen ist die aktuelle Diskussion über gezielte Desinformation, Social Bots und Wahlbeeinflussung durch Automatisierung und Big Data. Aufklärung und digitale Medienkompetenz sind der Schlüssel, damit der digitale Wahlkampf nicht zu automatisierter Meinungsmache werden kann.

Was für Bots gibt es eigentlich? Und was kann in politischen Meinungsbildungsprozessen automatisiert werden? Wie funktioniert Microtargeting und wozu kann dieses führen? Welche Chancen bringt die Digitalisierung der Meinungsbildung und Debattenkultur für unsere Demokratie – und welche Risiken? Mit diesen Fragen setzt sich die Broschüre der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zum Thema politische Meinungsbildung im Netz auseinander.

Wir müssen auf die Eigenverantwortung, Digitalkompetenz und Kritikfähigkeit der Nutzerinnen und Nutzer setzen und diese altersunabhängig fördern. Falschmeldungen gibt es, seit es Medien gibt. Neu ist die rasante Verbreitung der Falschmeldungen im Internet durch Bots und das Filtern vorhandener Informationen durch Algorithmen. Über diese neuen „code-getriebenen“ Instrumente müssen die Bürgerinnen und Bürger zunächst

informiert werden, um ihr verantwortungsvolles Medienverhalten weiterentwickeln zu können. Die wichtigste Maßnahme, um dem Einfluss automatisierter Meinungsmache entgegenzuwirken, ist die Vermittlung von Medienkompetenz in allen Altersklassen. Nutzerinnen und Nutzer müssen erkennen, dass sie im Netz nicht immer mit Menschen interagieren, sondern auch mit Chatrobotern. Diese Bots können zu unterschiedlichen Zwecken eingesetzt werden – und erweisen uns oftmals gute Dienste.

**AUFKLÄRUNG
UND DIGITALE
MEDIEN-
KOMPETENZ
SIND DER
SCHLÜSSEL.**

Leider werden diese Bots jedoch auch zur Meinungsmache eingesetzt. Und genau diese politischen Spambots müssen von den Usern als solche erkannt und kritisch hinterfragt werden. Nutzerinnen und Nutzer müssen durch mehr Aufklärung lernen, kritischer gegenüber Inhalten und Nachrichten in den Sozialen Medien zu sein. Nicht die Plattformen müssen abwägen, welche Nachrichten „Fake News“ sein könnten, sondern die User selbst. Facebook sollte nicht als Primärquelle für Informationen genutzt werden.

Auch unser Umgang mit Algorithmen und Big Data muss reflektierter sein. Ihr Einsatz erleichtert unser Leben in vielen Bereichen. Trotzdem beeinflussen Algorithmen durch gezieltes Filtern unsere Wahrnehmung.

Alle Internetnutzerinnen und -nutzer müssen sich darüber im Klaren sein, dass sie ein anderes Google-Suchergebnis angezeigt bekommen als ihre Nachbarn. Teil der medialen Aufklärung muss sein, wie Algorithmen funktionieren, wo diese überall eingesetzt werden und vor allem, dass sie datenbasiert sind.

Die Publikation „Politische Meinungsbildung im Netz“ finden Sie zum Herunterladen auf www.freiheit.org/politische-meinungsbildung-im-netz.

Die Digitalisierung durchdringt unsere Gesellschaft und verändert sie nachhaltig.



KAMPAGNE „FREIHEITS-WM“

„ALLE REDEN ÜBER FUSSBALL, WIR REDEN ÜBER FREIHEIT“

2018 blickte die ganze Welt nach Russland – dem Gastgeber der Fußball-Weltmeisterschaft. Eines war klar: Dort trafen die besten Länder der Welt aufeinander – zumindest hinsichtlich ihrer Fußball-nationalmannschaften. Blickt man jedoch auf das freiheitliche Verständnis in den Heimatländern selbst, bietet sich ein anderes Bild. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit nahm die teilnehmenden WM-Staaten deshalb unter die Lupe: Wie steht es um die Pressefreiheit? Welche Rechte haben LGBTs? Und wie sieht es mit wirtschaftlichen Freiheiten und dem Verständnis von Demokratie aus?

Mit offiziellen Daten von u.a. Reporter ohne Grenzen, dem The Franklin & Marshall Global Barometer of Gay Rights, ILGA.org, dem Democracy Index von The Economist und dem Index of Economic Freedom haben wir gezeigt: Wie beim Fußball gab es auch hier in Sachen Freiheit klare Gewinner und Verlierer.

Die „Duelle“ der „Freiheits-WM“ der Friedrich-Naumann-Stiftung wurden von Usern und Followern auf Facebook, Twitter und Instagram verfolgt. Die als kleine, begrenzte Aktion geplante Kampagne erhielt so viel Aufmerksamkeit, dass wir sie zum Finale fortführten. Auch von den internationalen Liberalen erhielten wir positive Resonanz: Die Kampagne erfuhr viel Zuspruch und förderte die Diskussion um die Freiheitsrechte in der Welt – ein klarer Sieg für die Freiheit.



Ein klarer Sieg für die Freiheit: Unsere „Freiheits-WM“ erzeugte weltweit Aufmerksamkeit. Auch Guy Verhofstadt, Fraktionsvorsitzender der Europäischen Liberalen, nahm daran teil.



ALDE Party @ALDEParty Folge ich

Do you want to see the @FIFAWorldCup from the other side of the coin? Follow our colleagues at @FNFreiheit who are covering the #WorldCup2018 from a freedom point of view!

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit @FNFreiheit
Alle reden über Fußball, wir reden über #Freiheit: Keine Gewinner in diesem Spiel. 😞
#RUSKSA #WM2018

Tweet übersetzen

15:32 - 15. Juni 2018

15 Retweets 28 „Gefällt mir“-Angaben

50 JAHRE ARCHIV DES LIBERALISMUS

ESSENTIELLER BESTANDTEIL DER POLITISCHEN BILDUNG

Anlässlich seines 50. Geburtstages lud das Archiv des Liberalismus (ADL) der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit am 22. November 2018 zu einer Feierstunde nach Gummersbach ein. Das ADL bildet das historische Gedächtnis des Liberalismus in Deutschland und Europa und ist das älteste Archiv der derzeit sechs Politischen Stiftungen in Deutschland. Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, hielt in seiner Festrede Rückschau auf fünf Jahrzehnte Archivarbeit und würdigte die historische Forschung und die politische Bildungsarbeit.

Gerade in Zeiten des aufkommenden Populismus sei die Auseinandersetzung mit der politischen und gesellschaftlichen Geschichte unseres Landes ein essentieller Bestandteil der politischen Bildung. Neben den vier Themenschwerpunkten der Stiftung sei das Feld „Geschichte“ für ihn als Vorstandsvorsitzenden daher ein fünfter, bedeutender Pfeiler für die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

(v.l.n.r.) Dr. Renate Höpfinger (Leiterin des Archivs für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung), Prof. Dr. Ewald Grothe, Angela Freimuth (Vizepräsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen), Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué



Christian Lindner MdB, Vorsitzender der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag und Kuratoriumsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung, gratulierte dem ADL: „Es gibt viele Geschichten, Anekdoten und Dokumente, die zeigen, was Liberale in unterschiedlichen Epochen gedacht haben und wie sie die Entwicklung unseres Landes geprägt haben. Für all das gibt es in Deutschland einen Ort, nämlich das Archiv des Liberalismus – das Gedächtnis unserer politischen Weltanschauung und unseres Menschenbildes.“

Angela Freimuth MdL, Vizepräsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, zeigte, wie viele praktische Anwendungsfälle es immer wieder für das Archiv des Liberalismus gebe. Aus diesen können beispielsweise die FDP-Landtagsfraktion, aber auch interessierte Bürger einen hohen Nutzen ziehen. Prof. Dr. Eckart Conze, Mitherausgeber des „Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung“ und stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender der Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnisstiftung, machte darauf aufmerksam, dass das Archiv des Liberalismus einen „festen, unverzichtbaren Platz im deutschen und europäischen Archivwesen“ einnehme. Archivleiter Prof. Dr. Ewald Grothe lobte sein achtköpfiges Team: „Bei uns arbeiten Rätsellöser, Entzifferungskünstler und Geschichtenerzähler.“

Zum Jubiläum präsentierte er die Festschrift „50 Jahre Archiv des Liberalismus“, die die Entwicklung des ADL nachzeichnet und anhand von 50 ausgewählten Fundstücken aus dem Bestand dokumentiert. Das ADL sammelt und erschließt Aktenmaterial, Druckschriften, Plakate, Fotos, Filme und Videos mit Bezug zum organisierten Liberalismus seit 1945. Zum Bestand gehören Unterlagen der FDP auf Bundes- und Landesebene, der Friedrich-Naumann-Stiftung, verschiedener liberaler Organisationen, der Liberalen Internationalen sowie Nachlässe und Dokumente liberaler Persönlichkeiten wie Thomas Dehler, Martha Dönhoff, Hans-Dietrich Genscher, Hildegard Hamm-Brücher, Wilhelm Külz, Wolfgang Mischnick, Otto Graf Lambsdorff und Walter Scheel.

Das Archiv verfügt über 4,8 Kilometer Akten und ca. 42.000 Publikationen zur Geschichte, Philosophie und Politik des Liberalismus. Das Institut hatte seinen Sitz zunächst in Bonn und ist seit 1984 in Gummersbach beheimatet.

Die Publikation „50 Jahre Archiv des Liberalismus“ finden Sie zum Herunterladen auf shop.freiheit.org/#!/Publikation/773

Mehr Informationen zum Archiv des Liberalismus gibt es auf www.freiheit.org/archiv-des-liberalismus.



(v.l.n.r.) Annett Witte, Karl-Heinz Paqué, Ina Albowitz (ehemalige Parlamentarische Geschäftsführerin der FDP-Bundestagsfraktion), Prof. Dr. Ewald Grothe, Prof. Dr. Eckart Conze (stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender der Wolf-Erich-Kellner Gedächtnisstiftung), Mario Burow



**SOZIALE
MARKT
WIRT
SCHAFT**



Fairer Wettbewerb treibt Lösungen voran und Marktwirtschaft belohnt unternehmerisches Handeln, Möglichkeiten zu erkennen, anzupacken, zu investieren, Arbeit zu organisieren, sich im Wettbewerb durchzusetzen. Das ist das Prinzip der Marktwirtschaft. Da wird das alte durch das bessere ersetzt.

CHRISTIAN LINDNER MDB



- 
- 48 Doch sie lebt, die globale Marktwirtschaft
 - 50 2. Innovationskongress in Berlin
 - 52 Das Liberale Diskussionsforum: Aufbruch Ost – Vision von der Metropolregion Thüringen
 - 54 Flexibilität schafft Sicherheit

PROF. DR. KARL-HEINZ PAQUÉ

DOCH, SIE LEBT, DIE GLOBALE MARKTWIRTSCHAFT

Die Krise des Kapitalismus ist unter Intellektuellen zu einem Dauerthema geworden. Seit den Siebzigerjahren hat es so etwas nicht mehr gegeben. Waren es damals dogmatische Angriffe sozialistischer Denker auf ein System der angeblich ausbeuterischen Klassengesellschaft, so steht heute die Kritik an der liberal geprägten Globalisierung im Vordergrund. Die Globalisierung sei gründlich schiefgelaufen, wenn nicht gar gescheitert.

Ist dies wirklich so? Hält man sich an objektive Fakten von Lebensqualität und Wohlstand, bleibt von dem Verdikt der Kritiker fast nichts übrig. In den letzten Dekaden hat sich nämlich die Lebensqualität der Menschheit weltweit drastisch verbessert: Die Lebenserwartung ist deutlich gestiegen und die Anzahl der Menschen in bitterer Armut gesunken.

In einem Punkt muss man den Kapitalismuskritikern jedoch zustimmen: Es gibt neue Herausforderungen. Dies sollte allerdings niemanden überraschen, denn der Fortschritt der Menschheit ist niemals geradlinig verlaufen: Werden Probleme gelöst, tauchen neue auf. Oben auf der Liste der Herausforderungen steht heute die Spaltung der Gesellschaft. Sie begann eher schleichend: zunächst in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, dann auch – wenngleich moderater – auf dem europäischen Kontinent. Es zeigte sich, dass es unseren westlichen Gesellschaften viel schwerer fällt als erwartet, sich den Anforderungen von Digitalisierung und Globalisierung zu stellen.

**„DEUTSCHE
POLITIK MUSS
IHRE HAUS-
AUFGABEN
MACHEN.“**

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

Die Spuren der industriellen Schrumpfung sind nachhaltig und tief. Regionen und Bevölkerungsschichten, die besonders hart vom Strukturwandel getroffen sind, können nur schwer mithalten. Hier liegt eine große, lange unterschätzte Aufgabe für die Arbeitsmarktpolitik, die schulische Bildung und die berufliche Qualifizierung. Der Staat und die Unternehmen müssen deutlich machen, dass sie die Menschen im Strukturwandel nicht alleine lassen. Hier ist in der Vergangenheit viel versäumt worden, auch in Deutschland, aber noch mehr in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und den mediterranen Ländern.



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué
Vorsitzender des Vorstandes der
Friedrich-Naumann-Stiftung für
die Freiheit

Auch die deutsche Politik muss ihre Hausaufgaben machen. Eine zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung ist dabei der riesige Überschuss in der deutschen Leistungsbilanz. Dieser liegt seit einigen Jahren bei rund acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Es darf nicht verwundern, dass dies nicht nur bei den Nachbarn in der Eurozone auf Kritik stößt, sondern auch Trumps Protektionismus Vorschub leistet. Dabei ist der Überschuss das Ergebnis nicht allein einer besonders starken Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, sondern auch einer allzu konservativen Finanzpolitik im Binnenmarkt, die sich strikt gegen kräftige Steuersenkungen wendet. Diese sind aber geboten, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch Investitionen und Konsum zu erhöhen und damit die Leistungsbilanz einem Ausgleich deutlich näher zu bringen.

Fazit: Es bedarf einer Rückkehr zu Verhältnissen, die für ganz normale Bürgerinnen und Bürger als geordnet angesehen werden. Leider wird die

Diskussion hierüber in unserem Lande allzu leicht diffamiert: als keynesianischer Linksruck in der Wirtschaftspolitik, wenn es um die Korrektur des Leistungsbilanzüberschusses geht; und als konservativer Rechtsruck in der Innenpolitik, wenn die Kontrolle der Zuwanderung auf der Tagesordnung steht. Ideologische Vorwürfe und moralisierende Urteile helfen aber nicht weiter: Wir brauchen ein pragmatisches Umsteuern aus der politischen Mitte heraus. Dann wird sich die globalisierte Marktwirtschaft als lebens- und leistungsfähig erweisen. Es wäre nicht das erste Mal, dass sie im Wettbewerb der Systeme die Nase vorn behält – trotz aller Unkenrufe der Kapitalismuskritiker.

Die ungekürzte Version des Artikels lesen Sie auf www.freiheit.org/globale-marktwirtschaft.

Dieser Artikel ist erstmals am 22. Juni 2018 in der Printausgabe der WirtschaftsWoche erschienen.

2. INNOVATIONSKONGRESS MEHR WAGNIS, WENIGER PERFEKTIONISMUS

Innovation ist kein Selbstzweck. Innovation ist die Antwort auf die drängenden Fragen der Zukunft. Die globalen Megatrends geben die Richtung vor: Digitalisierung, demografische Entwicklung, Klimawandel und Ressourcenknappheit, Globalisierung und Migration. Der hochkarätig besetzte Innovationskongress 2018 in Berlin, der zusammen mit der Fraunhofer-Gesellschaft, der Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AiF) und dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) veranstaltet wurde, zeigte, wie Deutschland diese Herausforderungen angehen sollte. NRW-Innovationsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart will mehr Innovation wagen, um die eigene Marktführerschaft nicht zu verspielen. Gerade bei Industriezweigen wie der Automobilbranche und im Maschinenbau sei Innovation dringend notwendig, um auch in Zukunft zur Spitze zu gehören.

Geld dagegen sei nach Auffassung von Pinkwart und den Teilnehmern des Innovationskongresses gerade nicht der entscheidende Faktor – sondern der Fachkräftemangel: „Kluge Köpfe – ‚Smart People‘ – sind immer Mangelware. Mit dieser Keynote eröffnete er den Innovationskongress, der im Fraunhofer-Forum in Berlin stattfand. Kein Ort wäre passender für dieses Thema gewesen, besagt doch das Leitbild der Fraunhofer-Gesellschaft: „Forschung und Entwicklung sind die Treiber für Innovationen“, wie Maximilian Steiert, Direktor für Politik und Internationales, erläuterte.

Wenn wir uns in das Deutschland des Jahres 2030 versetzen und zurückblicken: Was sehen wir dann? Wie wird Deutschland innovationsfit? Für Pinkwart gehört auch dazu, den Anspruch an Perfektion herunterzuschrauben.

(v.l.n.r.) Dr. Eduard Neufeld, Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Prof. Dr. Ina Schieferdecker, Dr. Utz Tillmann, Dr.-Ing. Thomas Kathöfer, Hilmar Sattler





(v.l.n.r.) Prof. Dr. Ina Schieferdecker, Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Corinna Lampadius, Dr. Eduard Neufeld und Dr. Utz Tillmann

„SMART PEOPLE SIND IMMER MANGELWARE.“

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Zu oft sei den Deutschen bei der Innovation noch die eigene Mentalität im Wege: „Wir sind sehr vorsichtig, mal richtig Geld in die Hand zu nehmen, um was zu wagen.“ Es sei eine „Schicksalsfrage“ für Deutschland, „die besten Rahmenbedingungen“ im globalen Wettbewerb zu bieten. Die internationale Konkurrenz ist hart. Man müsse auch in Deutschland akzeptieren, dass eine neue Generation von Forschern viel anspruchsvoller sei als bisherig und entsprechend darauf reagieren: „Noch ein paar Formulare mehr ausfüllen – das akzeptieren kluge Köpfe jetzt nicht mehr.“ Und wer internationale Fachkräfte einmal nach Deutschland hole, der Sorge auch gleichzeitig für ausreichende Förderung, davon ist Pinkwart überzeugt: „Das Kapital folgt den Köpfen.“

Bei der anschließenden Diskussionsrunde gingen die Teilnehmer mit den bisherigen Bemühungen der Bundesregierung hart ins Gericht. Die Agentur für Sprunginnovationen sei nicht marktnah genug, sagte Eduard Neufeld, Sprecher der AiF. Auch sei für spätere Wachstumsphasen etablierter Start-ups noch keine ausreichende Förderung in Deutschland zugänglich. Wer hinsichtlich wirtschaftlicher Innovationen in Deutschland entscheidend sei, wurde unterschiedlich bewertet: Den Übergang in eine emissionsreduzierte Welt schaffe man nicht allein mit Start-ups und Mittelstand, sagte VCI-Geschäftsführer Dr. Utz Tillmann. Die wirklich intensive Forschung werde nicht bei KMUs betrieben.

Der Staat hingegen solle als „Enabler“ auftreten, meint Ina Schieferdecker, Leiterin des Fraunhofer-Instituts für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS). Für Innovation sei eine gute Infrastruktur elementar – nicht nur vor dem Hintergrund des Breitbandausbaus, sondern auch im Hinblick auf zukünftige Kommunikationsmöglichkeiten. Deutschland sei in vielen Bereichen exzellent aufgestellt, aber eben „genau nicht im Digitalen“, plädiert Schieferdecker für mehr Innovationsfreude: „Alles geht, wenn man Mut und Risikobereitschaft hat.“

Mehr zur Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft finden Sie auf der Themenseite www.freiheit.org/thema/soziale-marktwirtschaft.

LIBERALES DISKUSSIONSFORUM: AUFBRUCH OST – VISION VON DER METROPOLREGION THÜRINGEN

Eine Exzellenz-Universität für Thüringen, Racial Profiling im Zug und das Wachstum der Thüringer Wirtschaft – der Donnerstagabend in Erfurt war in jeder Hinsicht von einer liberalen Themenvielfalt geprägt. Auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit war Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki MdB in den Kaisersaal gekommen. In dem geschichtsträchtigen Gemäuer diskutierte er mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft zum Thema „Wirtschaftsstandort Thüringen – Zwischen Fachkräftemangel und Strukturwandel“.

Dabei war die Debatte, die der Chefredakteur der Thüringischen Landeszeitung (TLZ) Nils Kawig moderierte, durchaus kontrovers, wenn auch in keinem Fall unversöhnlich. Neben dem Bundestagsvizepräsidenten sprachen der lokale FDP-Bundestagsabgeordnete Thomas L. Kemmerich, der Thüringer Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Sandro Witt und Gerhard Köthe, Niederlassungsleiter der Siemens AG in Erfurt, miteinander. Schnell waren sich die Diskutierenden dabei einig, dass der Wirtschaftsstandort Thüringen in einigen Bereichen einen Vorsprung gegenüber anderen Bundesländern hat – die hervorragende Verkehrsinfrastruktur und die Verortung einiger Konzern-Dependancen sprechen nach Meinung der Diskussionspartner dafür. Dennoch habe der Freistaat in vielen anderen Bereichen Nachholbedarf. Einen Bedarf, der bereits jetzt, so erklärte Kubicki, den Unternehmen und deren Gewinnung von Fachkräften auf die Füße fielen.

Vor allem die Digitalisierung stand im Fokus der Diskussion, ist sie doch im ländlich geprägten Thüringen bisher nachrangig behandelt worden. Schon während seines Impulsreferats hatte Wolfgang Kubicki auf die damit verbundenen Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die vornehmlich außerhalb großer Städte zu finden sind. Der Bundestagsvizepräsident kritisierte vor allem den fehlenden Breitbandausbau, der im Jahr 2018 eine der wichtigsten Grundlagen für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort sei.



Die Diskutanten
im Kaisersaal in Erfurt

Er betonte, dass schon in der Schule mit digitalen Lehrmethoden gearbeitet werden müsse und dass ein Wirtschaftsraum nur durch eine ausreichende Versorgung mit schnellem Internet attraktiv sei.

Attraktivität war auch der Themenschwerpunkt des Bundestagsabgeordneten Thomas Kemmerich. Dieser forderte die Thüringer Gebietskörperschaften in einem Statement auf, an der Vision einer „Metropolregion Thüringen“ zu arbeiten. Wenn Städte und Landkreise im Freistaat an einem gemeinsamen Strang zögen, könnte eine solche Region entstehen. „Nur damit haben wir die Chance, unser Land für Wirtschaftsunternehmen, aber auch für deren Mitarbeiter attraktiv zu machen“, sagte Kemmerich. Zudem äußerte er den Wunsch nach einer Exzellenz-Universität mit Thüringer Standort.

„DAS LAND FÜR WIRTSCHAFTS-UNTERNEHMEN ATTRAKTIV MACHEN.“

Thomas L. Kemmerich MdB

Thomas L. Kemmerich MdB,
Sandro Witt, Wolfgang Kubicki
MdB, Dr. Gerhard Köthe,
Moderator Nils Kawig



WIRTSCHAFT FLEXIBILITÄT SCHAFFT SICHERHEIT

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sowie der Arbeitgeberverband Gesamtmetall luden zur Podiumsdiskussion „Flexibilisierungsinstrumente für Unternehmen“ ins Haus der Commerzbank ein. Anlass der Debatte war das Vorhaben der Großen Koalition, die Flexibilität der Arbeitgeber durch verringerte Zeitarbeit bzw. die „sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen“ einzuschränken. Dies wäre für Arbeitgeber ein Rückschritt in der Agenda 2010, die die Flexibilität des deutschen Arbeitsmarktes erhöht hatte. Geladen waren der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Oliver Zander, sowie die Bundestagsabgeordneten Johannes Vogel, FDP, und Peter Weiß, CDU – beide arbeitsmarktpolitische Sprecher ihrer Fraktionen. Geleitet wurde die Diskussion von der freien Journalistin Ute Welty.

Eine Flexibilisierung der Unternehmen sei wichtig, sagt Zander, da bei einer Einschränkung der sachgrundlosen Befristung Unternehmen weniger gut auf konjunkturelle und saisonale Marktschwankungen reagieren könnten. Von Arbeitnehmerseite würde diese Flexibilität jedoch oft als Unsicherheitsfaktor wahrgenommen. Unternehmen müssten „floaten“ können, sie müssten sich absichern für den Fall, dass Aufträge kurzfristig storniert werden.

v. l. n. r. Oliver Zander (Gesamtmetall), Johannes Vogel MdB, Ute Welty (freie Journalistin), Peter Weiß MdB und Hilmar Sattler (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit)





Des Weiteren gäbe es einen Standortwettbewerb: Die Vereinigten Staaten sowie Frankreich seien für Unternehmen aufgrund von Unternehmenssteuerreformen attraktivere Standorte als Deutschland. Firmen benötigten je nach Größe und Branche eine Flexibilitätsreserve von 10 bis 15 Prozent. Hierbei spielen Arbeitsmarktinstrumente wie die sachgrundlose Befristung eine wichtige Rolle. Eine weitere Option für Flexibilisierung seien Langzeitarbeitskonten. Johannes Vogel hielt die jüngste Regulierung der Zeitarbeit für gefährlich und schlicht unnötig, da sich Tarifpartner bereits auf ein Tarifwerk geeinigt hätten. Neuregelungen benötigte eher der öffentliche Dienst als die Privatwirtschaft.

Peter Weiß stellte fest: Wenn Gesetze funktionieren, müsse nicht jeden Tag „daran herumgedoktert werden“. Viele der aktuellen Regierungsvorhaben kämen vonseiten der SPD, die aber nur wenige ihrer Vorstellungen habe durchsetzen können.

**„REGULIERUNG
DER ZEITARBEIT
IST GEFÄHRLICH
UND UNNÖTIG.“**

Johannes Vogel MdB



**DIGITA
LISIE
RUNG**



Die Digitalisierung hat viel Potential für individuelle Freiheit und eigene Lebensgestaltung. Sie treibt den Wandel durch Innovationen und wirtschaftlichen Fortschritt voran. Neben den Chancen der Digitalisierung sehen wir auch die Herausforderungen und Risiken - für die Selbstbestimmung, die Privatsphäre und auch die Demokratie durch Manipulation und Desinformation. Wir setzen uns deshalb für Datenschutz, funktionierendes Wettbewerbsrecht und eine Kultur der Aufklärung und Transparenz im Netz ein.

SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBARGER



- 58 No Uploadfilter
- 60 Thomas Sattelberger: „Technologische Innovation erzwingt neue Arbeitswelten“
- 62 Digitalwerkstatt: Coding kann jedes Kind

BÜRGERRECHTE

NO UPLOADFILTER

Das EU-Parlament hat der umstrittenen EU-Urheberrechtsreform zugestimmt. Europaweit sollen Uploadfilter für alle Online-Plattformen, die nutzergenerierte Inhalte speichern und verbreiten, eingeführt werden. Die Filter erkennen automatisch Inhalte, die gegen das Urheberrecht verstoßen. Diese werden gelöscht und können nicht noch mal hochgeladen werden. Alle nutzergenerierten Inhalte könnten vorab durch einen Algorithmus zensuriert werden: eine massive Einschränkung der Meinungsfreiheit im Netz. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt sich daher gegen den Einsatz von Upload-Filtern und für eine offene digitale Gesellschaft ein: Auf der re:publica 2018 wurden dem interessierten Publikum am stiftungseigenen Stand die Folgen der Upload-Filter vermittelt. Das Motto unseres Messestandes „Party like it's 1984“ fand große Resonanz – und das auch in den sozialen Medien: Die Onlinebeiträge zum Thema gehörten zu den erfolgreichsten des ganzen Jahres 2018. Ein eindeutiges Zeichen für die gesellschaftliche Sprengkraft des Themas. Unsere Kernthesen lauten:

„Party like it's 1984“ – Uploadfilter sind eine ernste Gefahr für die Meinungsbildung im Netz



1. Uploadfilter führen zu Zensur.

Urheberrechte sind auch in der digitalen Welt entscheidend, um geistiges Eigentum zu sichern und eine breite wirtschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die Praxis zeigt, dass automatisierte Filter bei Urheberrechtsfragen oft versagen. Uploadfilter sind oft blind für Nutzungsrechte. Der Algorithmus kann nicht erkennen, welche Inhalte zulässig und durch die Meinungsfreiheit geschützt sind. Ein Beispiel sind politische Memes oder Satire, die oft urheberrechtlich geschützte Inhalte nutzen. Diese sind jedoch aufgrund der Freiheiten im Urheberrecht zulässig. Ein Filter kann nicht erkennen, dass es sich beim gelöschten Inhalt um Satire handelt und das Material daher rechtmäßig genutzt wird. Die Community versteht kulturelle Kontexte, Algorithmen aber nicht.

2. Uploadfilter schränken die Meinungsfreiheit durch Overblocking ein.

Bislang müssen Plattformen und Hosts erst rechtswidrige Inhalte entfernen, nachdem sie auf diese hingewiesen wurden (Notice-and-Take-Down-Verfahren). Wenn die Betreiber künftig für alle nutzergenerierten Inhalte haften, besteht die Gefahr, dass sie im Zweifelsfall einen Beitrag eher sperren als erlauben. Durch dieses Overblocking werden rechtmäßig eingestellte Inhalte herausgefiltert, um einer späteren Haftung zuvorzukommen. Das ist nichtmehr nur eine Frage des Urheberrechts, sondern der Meinungs- und Kunstfreiheit.



3. Uploadfilter verhindern einen fairen Interessenausgleich im Netz.

Die EU legt nicht fest, welche Standards für den Filterprozess gelten sollen. Nach momentanem Kenntnisstand müssen die Plattformanbieter ihre eigenen Definitionen und Richtlinien aufstellen. Uploadfilter machen Betreiber so zu Richtern. Völlig unklar ist, welche Verfahren nach einer Löschung gelten sollen. Oder ob gelöschte Inhalte im Fall einer unrechtmäßigen Filterung wiederhergestellt werden. Wie soll der Interessenausgleich zwischen Rechteinhaber und Nutzer gestaltet werden? Für solche Fälle ist die Justiz zuständig – nicht ein privater Betreiber.

4. Uploadfilter zementieren die Vormachtstellung großer Plattformen.

Ein solches Filtersystem zu entwickeln kostet viel Geld – Geld, das nicht jede Non-Profit-Plattform aufbringen kann. Eventuell soll auch YouTube Content-ID lizenziert werden. Mit diesem System werden die hochgeladenen Videos auf Urheberrechtsverletzungen überprüft und mit einer Datenbank abgeglichen. Das würde jedoch zu einer Monopolstellung vom Entwickler Google führen und den Markteintritt kleinerer Unternehmen und Start-ups massiv erschweren. Hinzu kommt: Wird die Content-ID eingesetzt, so wird nur nach Googles Maßnahmen gefiltert – und gerade dieser Filter ist oft wegen Overblocking in die Kritik geraten.

Weitere Informationen über Datenschutz und Digitalisierung finden Sie auf unserer Themenseite www.freiheit.org/thema/freiheitdigital.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit informierte auf der re:publica 2018 über die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch Uploadfilter.



INTERVIEW MIT THOMAS SATTELBERGER

„TECHNOLOGISCHE INNOVATION ERZWINGT NEUE ARBEITSWELTEN“

Global, flexibel, digital – die digitale Revolution verändert nicht nur ganze Industrien, sondern auch das Arbeiten selbst. Mit Thomas Sattelberger MdB, innovationspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und ehemaligem Telekom-Personalvorstand, sprach die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit über die Auswirkungen der Digitalisierung auf neue Formen der Arbeit.

Herr Sattelberger, die digitale Revolution hat ohne Zweifel große Auswirkungen auf ganze Industrien und andere Arbeitsbereiche. Wie können wir uns Arbeit 4.0 und die Zukunft des Arbeitens vorstellen?

Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und auf die Arbeitswelt sind ein Blick in die Kristallkugel. Ich glaube, man kann zumindest von vier Zwiebelschalen neuer Formen von Arbeit sprechen. Den Zwiebelkern stellt die Frage dar, wann, wo, mit wem und wie jemand arbeitet, was durch die Arbeit mit orts- und zeitunabhängigen digitalen Medien zunehmend auch in die Souveränität des arbeitenden Menschen übergehen kann, im Sinne von Vertrauensarbeitszeit und -ort.

Die zweite Zwiebelschale digitaler Arbeit ist, dass es zunehmend sogenannte Clickworker gibt, also Menschen, die sich mit digitalen Medien auf digitalen Plattformen für Aufträge, z. B. Recherchearbeiten oder Designaufgaben, bewerben oder die geworben werden. Zum Dritten die sogenannte Plattformökonomie, in der – wie beispielsweise bei Amazon Fresh oder bei Uber – auf digitalen Plattformen gesteuert und dann der Service oder das Produkt „in der Realwirtschaft“ ausgeliefert wird. Die vierte Dimension ist die Frage, inwiefern Roboter und Automaten Arbeitsplätze ersetzen, und ob neue geschaffen werden. Das sind die vier großen Themen, die in ihrem Umfang und ihrer Intensität offen anstehen.

Nur bei einem sind sich die Wissenschaftler einig: Es wird für einige Millionen Menschen in diesem Land einen gravierenden Skill Shift geben, also eine Re-Qualifizierung in erweiterte oder gar in neue Jobs hinein. Das wird eine Aufgabe sein, die das Bildungssystem massiv fordern wird.

Was bedeutet die Digitalisierung für bisherige Führungs- und Arbeitskonzepte? Wo müssen Unternehmen umdenken?

In den nächsten Jahren wird das Thema Digitalisierung überwiegend dazu führen, dass man im Bereich der Wissens- und Kreativarbeit Konzepte der Arbeitsort- und Arbeitszeitsouveränität einfordern bzw. erleben wird. Die Präsenzkultur schwindet. Es wird mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auch dazu kommen, dass es aufgrund des hohen Werts und der großen Attraktivität digitaler Arbeit ein Anbietermarkt wird, in dem Talente die dominante Rolle spielen werden.

„DIE VERANTWORTUNG FÜR DAS LERNEN WIRD STÄRKER.“

Thomas Sattelberger MdB

Wo sollte die Politik eingreifen und neue Rahmenbedingungen schaffen, um Unternehmen und Mitarbeitern zukunftsfähiges Arbeiten zu ermöglichen?

Das sind verschiedene Themenfelder. Zum einen hat es mit der Frage der Reformierung des alten Arbeitszeitgesetzes zu tun, dass wir eher über Wochen- oder gar Monatsarbeitszeit sprechen und über Kontingente an Arbeit, die individuell zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart werden. Zweitens wird es eine Konsequenz geben müssen für Fragen der Ruhezeiten: Gerade in der digitalen und Kreativarbeit ist das Festlegen von 11-stündigen Ruhezeiten natürlich nicht angebracht. Zum Dritten muss die Arbeitsstättenverordnung auch auf das digitale und mobile Arbeiten ausgerichtet sein bzw. darf diese nicht beeinträchtigen. Arbeitsschutz in der Digitalarbeit wird eine Frage der Selbstverantwortung und weniger eine Aufgabe von Kontrollagenturen. Durch die Digitalisierung werden Prozesse automatisiert und in der Folge ändern sich auch Jobprofile.

Was bedeutet das für die Qualifizierung von Mitarbeitern? Wie können diese ihren Platz in der sich verändernden Arbeitswelt finden und behaupten?

Die Verantwortung für das Lernen wird stärker auf den Einzelnen übergehen, denn er ist schließlich der Unternehmer seiner Talente. Im Markt wird das zur Konsequenz haben, dass der Bedarf nach Weiterbildungsberatung gravierend steigen wird. Das dritte große Thema ist, dass auch mittelständische Unternehmen nicht darum herumkommen werden, deutlich mehr in die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter zu investieren. Last but not least: Der Weiterbildungsmarkt muss noch einmal in einer anderen Qualität wachsen, sowohl online als auch offline.

Das ungekürzte Interview finden Sie auf www.freiheit.org/technologische-innovation.

Tobias Ködel, Head of Leadership 2020 bei der Daimler AG (l.), und Thomas Sattelberger MdB (r.), innovationspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, diskutierten in Stuttgart mit dem Start-up-Experten Johannes Ellenberg über die Arbeitswelt der Zukunft.



DIGITALWERKSTATT

CODING KANN JEDES KIND

In der Haba Digitalwerkstatt werden Grundschüler ans Programmieren herangeführt. „Na los, komm schon, wir wollen doch zusammen gehen“, sagt Max. Der blonde Achtjährige starrt auf ein iPad, auf dem sein Freund Malte fleißig Zahlen eintippt. Prompt setzt sich ein grünes Männchen auf einer kindlich gemalten Karte in Bewegung. Als die Figur das Ziel – die Schule – erreicht, wartet dort bereits ein rotes Männchen. Als die beiden Figuren sich treffen, springen die Jungen auf und klatschen in die Hände: „Geschafft!“ Die Karte ist ihr Schulweg, die Männchen sie selbst.

Gemalt haben es die beiden gemeinsam. Und danach mit dem iPad abfotografiert. Max und Malte sind nicht allein: Dreizehn Mädchen und Jungen, alle im Alter von acht und neun Jahren, wischen in der Digitalwerkstatt in München über bunte iPads und versuchen, ihre Figuren ins Ziel zu bringen. „Probiert euch ruhig aus, hier könnt ihr nichts kaputtmachen“, sagt Evelyn Kovacs. Sie ist Digitaltrainerin, die Kinder die zweite Klasse einer städtischen Grundschule. Gemeinsam probieren sie die Grundlagen des Programmierens in einem Workshop aus.

In der Haba Digitalwerkstatt werden Grundschüler ans Programmieren herangeführt.



Nicht nur vor dem Rechner hängen, sondern anfassen und ausprobieren – das sei das Konzept der Digitalwerkstatt, erläutert Geschäftsführerin Antonia von Preysing. „Hier lernen Kinder ab sechs Jahren, wie man programmiert, Roboter baut oder mit einem 3-D-Drucker experimentiert“, sagt die 29-Jährige, die gerade selbst zum ersten Mal Mutter wird. In den sieben Digitalwerkstätten gibt es deutschlandweit Kurse für Kinder, Familien und Großeltern. Ihre Initiative wächst. 2015 gestartet, arbeiten mittlerweile 35 Mitarbeiter an fünf Standorten für die digitale Zukunft der Jüngsten. „Um das Programmieren kommt keine Generation mehr herum“, konstatiert von Preysing. Es sei für die Kinder genauso wichtig wie Lesen, Schreiben und Rechnen. „Das müssen die Schulen endlich flächendeckend verstehen.“ Politische Unterstützung ist von Preysing gewiss: Mit dem „Digitalpakt Schule“ sollen Schulen fit für digitales Lernen werden. Der Bund stellt dafür 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

Die Kultusministerkonferenz hat im vergangenen Jahr die Schulen beauftragt, digitale Kompetenzcluster zu bilden. „Vielerorts trifft das aber auf Skepsis“, sagt von Preysing. Lehrer fühlten sich schlicht überfordert und wüssten nicht, wie ein zusätzliches Fach in den ohnehin dichten Lehrplan der Grundschulen integriert werden soll.

Die Eltern der kleinen Programmierpioniere müssen sich den Workshop auch leisten können. Der Besuch kostet zwischen 10 und 15 Euro pro Stunde – ein Preis, den viele Eltern kaum bezahlen können. Deswegen startet in Kürze die erste mobile und kostenlose Digitalwerkstatt in einem Kastenwagen. „Digitale Bildung darf nicht elitär bleiben, deswegen wollen wir alle Kinder an den Digitalwerkstätten teilhaben lassen“, sagt von Preysing.

Den ungekürzten Beitrag von Stefan Kreitewolf lesen Sie im „liberal“-Magazin 04.2018.



**„DIGITALE
BILDUNG DARF
NICHT ELITÄR
BLEIBEN.“**

Antonia von Preysing



**INTER
NATIO
NALE
POLITIK**



Wir arbeiten für die Freiheit in aller Welt: Die liberale Stiftung fördert den Aufbau demokratischer, marktwirtschaftlicher und rechtsstaatlicher Strukturen. Damit mehr Menschen in freien und demokratischen Gesellschaften leben können.

PROF. DR. KARL-HEINZ PAQUÉ



- 66 Internationaler Kongress: Europa 1918 – 2018
Friedensprojekt in neuer globaler Verantwortung
- 68 5. Gaidar-Naumann-Forum
- 70 Campaigning vor den Wahlen
- 72 Tansania – Einsatz für die Rechte der Frauen
und Kinder
- 74 Transatlantisches Freiheitsforum
- 76 Deutsch-französisches Verhältnis: „Nichtstun
wird die EU zerfallen lassen“

INTERNATIONALER KONGRESS: EUROPA 1918 – 2018

EUROPA BRAUCHT EINE ÜBERZEUGENDE VISION

Wachsender Populismus in Europa, gesplante Gesellschaften, gefährdeter Zusammenhalt durch Brexit und Co. Wohin steuert Europa in Zeiten von Krise und Orientierungslosigkeit? Ist das politische Friedensprojekt Europa am Ende? Diesen Fragen stellten sich die Teilnehmer des Europakongresses und wagten einen Blick in Europas unsichere Zukunft. In einer Sache waren sich alle Teilnehmer im Atrium der AXICA am Pariser Platz in Berlin einig: Die Herausforderungen, vor denen Europa steht, sind enorm.

Trotz aller Schwierigkeiten stellte Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, gleich zu Beginn fest: Es gibt keinen Grund, in Pessimismus zu verfallen. Einhundert Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs warf er einen Blick auf die Lehren, die sich aus der europäischen Geschichte ziehen lassen, und zugleich einen Blick in die Zukunft. Nach zwei verheerenden Weltkriegen gelang schrittweise die friedliche europäische Integration. „Unser Kontinent ist in seiner einzigartigen Mischung von Kultur, Bildung, Innovation, Vielfalt und Chancen für die Tüchtigen immer noch der beste Ort, für ein würdevolles und sicheres Leben in der Welt.“

Herfried Münkler, Professor für Politikwissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität und Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, hielt ein Risiko des Zerfalls der Europäischen Union für sehr hoch. Die Europäische Union habe sich in mancher Hinsicht überdehnt. „Wir befinden uns in der Endphase der globalen Ordnung, wobei der Verwalter dieser Ordnung ständig gegen die Regeln dieser Ordnung verstößt“, so Münkler.

**„FÜR DIE
MENSCHEN
KÄMPFEN
UND IHNEN
ZUHÖREN.“**

Felipe Kast



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Hakima El Haité, Daniela Schily, Michael Cardo, Prof. Herfried Münkler, Katarzyna Lubnauer, Martin Lee, Felipe Kast, Michael Georg Link MdB

Diese Krise sei keine des Stillstands, sondern eine, in der das gesamte Projekt zur Disposition steht. Die große Herausforderung sei ein Umbau der europäischen Institutionen, der Europa demokratiefähig macht.

Michael Cardo von der südafrikanischen Oppositionspartei Democratic Alliance, der Gründer der Demokratischen Partei in Hongkong, Martin Lee, Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Michael Georg Link MdB und die polnische Abgeordnete Katarzyna Lubnauer warben für umfassende Reformen. Dass die optimistische Einstellung die richtige ist, bekräftigte Cardo: „Europa braucht eine überzeugende Vision.“

Martin Lee rief den ersten Brexit der Geschichte in Erinnerung: 1997 hat Großbritannien Hongkong an China übergeben. Aufgrund der Erfahrungen damit fordert der Menschenrechtsaktivist die EU auf, zusammenzubleiben. Er ist Optimist: „Jetzt schwingt das Pendel nach rechts, aber machen Sie sich keine Sorgen, es wird wiederkommen!“

Lubnauer mahnte: Die Wahlen zum Europaparlament werden ein Kampf zwischen den antieuropäischen und proeuropäischen Kräften sein. Letztere müssten ihre Differenzen überwinden.

Welche Reformen notwendig sind, um in Zukunft größere internationale Verantwortung zu übernehmen, darüber diskutierten die ehemalige marokkanische Umweltministerin Hakima El Haité, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag Alexander Graf Lambsdorff MdB, Generalleutnant Hans-Werner Wiermann und Felipe Kast. Der Senator aus Chile ist überzeugt: „Europa hat wieder einen Traum zu bieten! Wir als Liberale dürfen uns nicht einfach zurücklehnen und uns entspannen, weil wir denken, dass die Menschen irgendwann wieder vernünftig werden. Das wird nicht passieren. Wir müssen für die Menschen kämpfen und ihnen zuhören.“



Lambsdorff und Wiermann unterstrichen die Sicherheitskomponente im Hause Europa: „Es gibt keine Sicherheit in Europa ohne fortschreitende europäische Integration“, so Wiermann. Gleichzeitig dürfe diese nicht in Konkurrenz zur NATO treten, sondern müsse diese stärken. Durch Russlands Aggressionen ist diese Notwendigkeit klar geworden.

Wir müssen unsere Werte gemeinsam verteidigen, fasste Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, den anregenden Kongress zusammen. „Wir müssen mutiger werden, uns der Zukunft stellen und bessere Ideen entwickeln.“

Europa wird auch weiterhin von großer Bedeutung sein: „Ohne Europa werden wir die außenstehenden Bedrohungen nicht überstehen können“, so Michael Georg Link MdB. Für alle Beteiligten war klar: „Wir dürfen das Wohlstands-, Freiheits- und Friedensprojekt nicht scheitern lassen.“

Kenntnisreich moderiert wurde der Kongress von der politischen Chefkorrespondentin der Deutschen Welle Melinda Crane.

Den ungekürzten Beitrag finden Sie auf www.freiheit.org/vision-europa.

5. GAIDAR-NAUMANN-FORUM „WIR STEHEN VOR GEWALTIGEN HERAUSFORDERUNGEN“

Gemeinsam mit der russischen liberalen Yegor Gaidar Foundation und dem Deutsch-Russischen Forum (DRF) lud die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zum 5. Gaidar-Naumann-Forum nach Berlin ein. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das Verhältnis zwischen Sozialstaat und Kapitalismus im 21. Jahrhundert. Hochrangige Experten aus Deutschland und Russland diskutierten, wie die Einflüsse von Digitalisierung und Migration unsere Gesellschaft und Wirtschaft verändern. Für unseren Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué war die Frage der Wirtschaftsordnung von zentraler Bedeutung. Migration und Digitalisierung sind für ihn Teil der großen Herausforderungen für Gesellschaft, Staat und Ökonomie.

Bei seiner Eröffnungsrede zeigte sich Karl-Heinz Paqué sehr erfreut darüber, dass sich der deutsch-russische Dialog zu einer stabilen, fruchtbaren Tradition entwickelt hat. Als weniger erfreulich bewertete er die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland, die sich seit der Annexion der Krim in einer Krise befinden: Gegenseitige Sanktionspolitik, der Bruch internationaler Abkommen, fortwährende Provokationen sowie Verstöße gegen die Menschenrechte feuerten die Eskalationsspirale an. Für die Friedrich-Naumann-Stiftung bedeute dies umso mehr, „dass wir den Dialog weiterführen werden“. Digitalisierung und Migration würden die Menschheit vor gewaltige Herausforderungen stellen. Die Frage der Wirtschaftsordnung spiele hier eine absolut zentrale Rolle.

In Russland sei der Liberalismus in die Defensive geraten: „Russlands Wirtschaft ist ein staatskapitalistisches System, das von der von Marktwirtschaft weit weggerückt ist“, konstatierte der Ökonom. Auch Deutschland stehe vor gewaltigen Herausforderungen. Von einem gedeihlichen Wachstumsklima könne keine Rede sein. „Wir leben von der Substanz.“

Von Russland könne Deutschland lernen, wie unter schwierigen Bedingungen ein hohes Maß an Originalität und Innovationskraft an den Tag gelegt und auch dadurch eine Zukunftsperspektive geschaffen werden könne.

Boris Mints, Vorstandsvorsitzender der Yegor Gaidar Foundation, widersprach in einem Punkt: In Russland interessiere man sich nur dafür, wie und was jetzt gerade erwirtschaftet werden könne. „Wir sollten uns gemeinsam an die großen Herausforderungen der Zeit wagen“, so sein Appell.

Helena Melnikov, Vorstandsmitglied des Deutsch-Russischen Forums e.V., konstatierte, dass Wachstum und Wohlstand nicht automatisch Hand in Hand mit Demokratie gingen. Für sie bilden Wertesystem, Bildungssystem, Migration und digitaler Wandel Faktoren für den Wohlstand.

**„GEMEINSAM AN
DIE HERAUS-
FORDERUNGEN
DER ZEIT WAGEN.“**

Boris Mints

Andrej Netschajew, Kuratoriumsmitglied der Yegor Gaidar Foundation und ehemaliger russischer Wirtschaftsminister, erklärte, dass Russland dringend Reformen brauche hinsichtlich Bildung, Militär, Steuerverwaltung und Pensionen.

Rostislaw Kapeljuschnikow, Professor beim Zentrum für Arbeitsmarktforschung, monierte, die Gesellschaft sei derzeit besessen von der Debatte über Ungleichheit. Gleichzeitig beschwor er den Erfolg der Marktwirtschaft.

Yvonne Bollow, Leiterin Eastern Europe und International Affairs der Metro Group, plädierte dafür, die Kräfte zusammenzuführen und zu bündeln, um die Demokratie voranzutreiben. Auch sie warb für Migration, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen.

Oksana Moros, Dozentin an der Hochschule für soziale und wirtschaftliche Wissenschaften in Moskau, setzte sich mit den „Troll-Fabriken“ – den weniger subtilen und völlig offenen Formen russischer Propaganda – auseinander. Sie seien in Russland Symbole des neuen digitalen Zeitalters geworden.

Das 5. Gaidar-Naumann-Forum zeigte, dass den Herausforderungen der digitalen Revolution gemeinsam mit guten Ideen begegnet werden muss. Ein Fortführen des Dialogs sei unerlässlich.

Den ungekürzten Beitrag lesen Sie auf www.freiheit.org/gaidar-naumann-forum-2018.

Mehr Informationen über Russland finden Sie auf unserer Themenseite: www.freiheit.org/fokusrussland.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué bei der Eröffnungsrede



SUBSAHARA-AFRIKA

CAMPAIGNING VOR DEN WAHLEN

Von Südafrika, Botswana und Namibia im Süden bis zur Demokratischen Republik Kongo im Zentrum und schließlich Nigeria, Senegal und Mali im Norden – im Jahr 2019 wird in einer Reihe bedeutender afrikanischer Länder gewählt, darunter in den beiden wirtschaftsstärksten Ländern Nigeria und Südafrika. Auch wenn jedes einzelne Land in seinen spezifischen Eigenheiten betrachtet werden muss, ist unter liberalen Parteien über Landesgrenzen hinweg zu beobachten, dass die Kommunikation liberaler Politik für Wählerinnen und Wählern eine Herausforderung darstellt.

In diesem Kontext entschied sich das Regionalbüro der Stiftung in Johannesburg, einen viertägigen regionalen Workshop zu strategischer politischer Kommunikation auszurichten.

Insgesamt 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer liberaler Parteien aus Senegal, Simbabwe, Ghana, Mauretanien, Südafrika, Tansania, Côte d'Ivoire, Malawi, Botswana und der Demokratischen Republik Kongo tauschten sich über die aktuelle politische Lage in ihren Ländern sowie die Kommunikationsmechanismen in ihren Parteien aus. Manfred Richter, Schatzmeister der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, teilte mit den afrikanischen Delegierten Erfolgsgeheimnisse der Freien Demokraten. Erfolgsgeheimnisse, die eine Rückkehr der deutschen Liberalen in den Bundestag ermöglichten: erfolgreiches Rebranding und innovative Kommunikationsformen.

Die Umsetzung erfordere nicht nur Organisationsvermögen, sondern auch Mut, so Richter: „Eine angemessene und effektive Kommunikationsweise gegenüber der Wählerschaft, insbesondere den unentschlossenen Wählerinnen und Wählern, ist von entscheidender Bedeutung.“

Unser Vorstandsmitglied Manfred Richter sprach auf einem Workshop über politische Kommunikation vor afrikanischen Delegierten.



**„ANGEMESSEN
GEGENÜBER DER
WÄHLERSCHAFT
KOMMUNIZIEREN.“**

Manfred Richter



Auch die Relevanz von Bildern sei nicht zu unterschätzen: „In der politischen Kommunikation sind Bilder weit wirkungsstärker als lange Texte. Sie transportieren Nachrichten auf eine sehr effiziente Art und Weise.“ Zur Veranschaulichung dienten eine Reihe von Videos und Postern aus dem erfolgreichen Wahlkampf der Freien Demokraten im Jahr 2017.

Auch die Democratic Alliance (DA), die südafrikanische Partnerpartei der Stiftung und größte Oppositionspartei des Landes, präsentierte

innovative Konzepte und Instrumente rund um ihren Wahlkampf vor den Nationalwahlen im Mai 2019: darunter eine App zur Wählerregistrierung sowie interaktive Grafiken und Karten.

Neben dem Workshop nahm Richter die Möglichkeit zum bilateralen Austausch mit Vertretern der DA wahr, um Erfahrungen der deutschen Liberalen im Bereich Koalitions- und Regierungsbildung zu teilen.

MENSCHENRECHTE INTERNATIONAL

TANSANIA – EINSATZ FÜR DIE RECHTE DER FRAUEN UND KINDER

In der Kilimandscharo-Region Tansanias bereiten Menschenrechtsverletzungen, von denen insbesondere Frauen und Kinder betroffen sind, Anlass zu großer Sorge. Das Gewohnheitsrecht, das von den traditionellen Oberhäuptern angewendet wird, verschärft diese Situation, weil es die Rechte der schutzbedürftigen Gruppen häufig weder schützt noch stärkt.

Ein Großteil der Menschenrechtsverletzungen finden durch Einschränkung der Entscheidungsfreiheit, häusliche Gewalt, sexuellen Missbrauch, Vergewaltigung, Zwangsheirat, weibliche Genitalverstümmelung, Zwangsarbeit, Verweigerung ehelicher Erbteile sowie durch die ungleiche Aufteilung von Eigentum zwischen Männern und Frauen statt.

Kinder protestieren, um auf ihre Rechte aufmerksam zu machen.



Seit Ende 2017 unterstützt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die tansanische Kilimanjaro Women Information Exchange and Community Organization (KWIECO). Die Organisation setzt sich seit über 30 Jahren für Menschenrechte, besonders für Frauen- und Kinderrechte, im Norden Tansanias ein. Die Stiftung und KWIECO haben sich bei ihrer Kooperation zum Ziel gesetzt, die Menschenrechtsarbeit in Tansania, speziell in der Kilimandscharo-Region, zu fördern und auszuweiten. Obwohl in Tansania Richtlinien, Gesetze und Rechtsmechanismen existieren, die die Menschenrechte fördern und schützen sollen, sind diese häufig unwirksam. Hinzu kommt, dass Gleichstellungsfragen aufgrund der Sozialisierung in einer patriarchalen Ideologie, die die Diskriminierung gegenüber Frauen sowie die Verletzung grundlegender Rechte legitimiert, weitgehend ignoriert werden.

Diese und weitere Beiträge zur Menschenrechtsarbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit lesen Sie in der Broschüre „Liberaler Menschenrechtsarbeit 2018“ auf www.freiheit.org/menschenrechte.

„MENSCHEN- RECHTSKRISEN SIND EIN PROBLEM FÜR UNS ALLE.“

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Menschenrechtsarbeit in
Tansania: National-Girls-
Day 2018



DIALOG EU UND USA

TRANSATLANTISCHES FREIHEITSFORUM

Mit Unterstützung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit fand 2018 das erste Transatlantische Freiheitsforum (TFF) in Washington statt. Zur Eröffnung hielt Christian Lindner, Vorsitzender der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag und Kuratoriumsmitglied der Stiftung, eine Grundsatzrede zu den transatlantischen Beziehungen. Dabei brach er eine Lanze für die Aufrechterhaltung von Dialog und institutioneller Zusammenarbeit.

Ein paar schwierige Jahre dürften die bilateralen Errungenschaften von Jahrzehnten nicht zerstören, verdeutlichte er. „Wir Freien Demokraten sind klare Verfechter der europäischen Idee und der Europäischen Union.“ Sowohl im Westen mit Donald Trump als auch im Osten mit Wladimir Putin gäbe es Kräfte, die versuchen, die EU zu spalten.

Neben europäischer Geschlossenheit warb Lindner für eine rechtsstaatliche internationale Ordnung und starke multilaterale Institutionen. Das Gesetz des Stärkeren würde nicht zu Wohlstand, Freiheit und Frieden führen, sondern in Konflikten enden. „Der internationale Handel ist kein Nullsummenspiel. Wir profitieren alle vom Freihandel.“ Ziel sei es, Europa wieder „großartig“ zu machen, um auf Augenhöhe an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

„Last but not least“ habe die transatlantische Partnerschaft oberste Priorität. „Wir können nicht zulassen, dass schwierige Zeiten das zerstören, was über Jahre hinweg zwischen den USA und Europa aufgebaut wurde.“

Die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft – ein wichtiges Thema für Europäer und Amerikaner gleichermaßen





Auch der europapolitische Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, Michael Link MdB, hat klare Vorstellungen, was jetzt zu tun ist: „Ich möchte eines ganz deutlich machen. Wir Freien Demokraten werden nicht in Antiamerikanismus verfallen. Im Gegenteil: Wir müssen unsere Präsenz verstärken, auch wenn das bedeutet, dass wir statt des Weißen Hauses andere Akteure in den Blick nehmen: Kongress, Gouverneure und deren Stellvertreter, Wirtschaft, Zivilgesellschaft.“ Link macht deutlich: „Es ist unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass das transatlantische Band nicht abreißt.“

Diese Botschaft bekräftigten auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag Alexander Graf Lambsdorff sowie der Vorstandsvorsitzende der Stiftung Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, die ebenfalls am Forum teilnahmen. Es gelte, den diplomatischen Pfad nach Washington aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die Beziehungen mit anderen internationalen Partnern zu stärken, die sich zur regelbasierten Weltordnung bekennen.

In zwei Panels standen wirtschaftliche und sicherheitspolitische Kooperationsinitiativen im Fokus. Auf amerikanischer Seite nahm unter anderem die Präsidentin des German Marshall Fund, Karen Donfried, teil. Das Ziel des TFF ist es, neue und bestehende Gesprächskanäle mit der amerikanischen Politik sowie mit Wirtschaft, Think-Tanks, Zivilgesellschaft und Medien aufzunehmen und zu vertiefen. Nach dem Treffen in den USA ist geplant, das zweite TFF in der ersten Jahreshälfte 2019 in Deutschland durchzuführen. In den USA sollen zukünftige Foren auch außerhalb Washingtons stattfinden, um breitere Teile der US-Gesellschaft in einen offenen Dialog einzubinden.

In Zeiten, in denen sich die US-Regierung unter Präsident Trump immer stärker vom Multilateralismus abwendet und das transatlantische Verhältnis durch protektionistische Maßnahmen belastet, ist ein intensiver transatlantischer Dialog wichtiger denn je. Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa sind reicher und vielschichtiger als eine auf Zeit gewählte Regierung dies reflektieren könnte.

Weitere Informationen zur internationalen Stiftungsarbeit finden Sie auf:

www.freiheit.org/International.

**„ALLE
PROFITIEREN
VOM FREI-
HANDEL“**

Christian Lindner MdB

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES VERHÄLTNIS: „NICHTSTUN WIRD DIE EU ZERFALLEN LASSEN“

Deutschland und Frankreich gelten als Motor der europäischen Integration. Aber reicht diese bilaterale Kooperation noch aus? Über diese Frage diskutierten in Stuttgart im Rahmen der Französischen Wochen unser Vorstandsmitglied Michael Georg Link MdB, der Historiker Ansbert Baumann und Oriane Petit, die die Landesgeschäftsstelle der Jungen Europäer (JEF) in Baden-Württemberg leitet.

„Die Herausforderung ist es, eine neue Begeisterung für Europa zu generieren“, sagte Catherine Veber, die französische Generalkonsulin in ihrer Begrüßung. Wichtig sei es vor allem, dass die Mitgliedsstaaten Europas nicht einseitig handeln, da die Herausforderungen global sind. Frankreich und Deutschland spielen für die Zukunft der EU entscheidende Rollen.

Es sei noch nicht lange her, dass Europa eine große Faszination und Anziehungskraft ausgeübt hat und als Garant für Stabilität, Frieden und Wohlstand galt, erinnerte sich der Historiker Ansbert Baumann. Dies habe sich in den letzten Jahren geändert. Inzwischen schaue man angesichts der aktuellen Veränderungen und Herausforderungen mit Sorge in die Zukunft und habe das Gefühl, dass Europa handlungsunfähig sei.

An diesem Punkt sei es wichtig, dass die Politik Verantwortung übernimmt, so Oriane Petit: „Wir müssen zeigen, dass wir für Europa alles machen würden.“ Eine solch deutliche Botschaft vermisst Petit aktuell, vor allem aus ihrer Perspektive bei den Jungen Europäern.

Es gilt, Europa voranzutreiben und zu einer auf Dauer angelegten Europäischen Union zu transformieren, in der Werte und Wirtschaft gleich wichtig sind, so Michael Link. „Wenn wir es nicht schaffen, zusammenzuhalten, werden wir definitiv in 50 bis 60 Jahren, vielleicht schon früher, nach den Regeln anderer Leben müssen.“ Gerade in der deutsch-französischen Beziehung sei man sich der unterschiedlichen Ansichten bewusst. Gleichzeitig besitze man aber die Rationalität, zu wissen, dass man sich gegenseitig braucht. Eine bessere Abstimmung, die bei Punkten wie der Flüchtlingskrise oder der Energiewende nicht ausreichend erfolgt sei, hat daher künftig eine noch größere Bedeutung.

„DEUTSCH-FRANZÖSISCHES VERHÄLTNIS IST BAUSTEIN DER EU.“

Michael Georg Link MdB

Ansbert Baumann, Oriane Petit, Peter Heilbrunner und Michael Georg Link MdB



Die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland werde teilweise mit Misstrauen betrachtet, da kleinere Länder sich leicht bevormundet fühlen, bemerkte Link. Das gelte es zu vermeiden. Wir müssen unser Gewicht vorsichtig einsetzen und nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen. Kleine und mittelgroße Staaten in der EU müssen auf gleicher Ebene respektiert werden. Diplomatie könne hier der Schlüssel sein, so Oriane Petit: Es sei wichtig, zu vermitteln und zu versuchen, einen gemeinsamen Nenner zu finden.

Es müssen jetzt Grundlagen geschaffen werden, damit gemeinsame Beschlüsse auch für künftige Generationen gefasst werden können, forderte Link. Dies umfasse auch ein ähnliches oder zumindest kompatibles Umsetzen von Recht. „Das europäische Projekt ist leider sehr anfällig für die polemische Kritik seiner Gegner“, so Link. Wenn wir nichts tun, werden sich mit Sicherheit jene durchsetzen, die die EU wieder zerfallen lassen wollen. „Der Bestand der EU ist nur

gesichert, wenn wir weiter an ihr arbeiten, wenn wir sie schrittweise besser machen und stärken.“ Das deutsch-französische Verhältnis ist dabei ein Baustein für die Europäische Union.

Aus der Bedrohung leite sich somit eine Handlungsaufforderung ab: „Wenn wir nicht zusammenhalten, werden sicherlich andere über uns bestimmen, die auf das Recht des Stärkeren setzen“, so Link. Man müsse dem die Stärke des Rechts und einen regelbasierten Ansatz entgegensetzen, waren sich die Diskutanten einig. Dabei müsse man diejenigen unterstützen, die sich für Europa und dessen Zukunftsfähigkeit einsetzen. Für die Europawahl im kommenden Jahr komme es somit auf eine pro-europäische Kampagne an – und darauf, die Führung in die Hand zu nehmen, auch wenn es einmal schwierig ist: „Wer zaudert, wird gar nichts erreichen“, so Link.

Den ungekürzten Beitrag finden Sie auf www.freiheit.org/deutsch-franzoesisches-verhaeltnis.

ALLGEMEINES

- 80 Bericht des Vorstandes
- 81 Bericht des Kuratoriums
- 82 Zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen
- 83 Im politischen Dialog in über 60 Ländern der Erde



BERICHT DES VORSTANDES

GEGEN AUTOKRATIE, GEGEN POPULISMUS, FÜR DIE FREIHEIT!

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

Vorsitzender des Vorstandes
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Die Welt hat sich verändert – und nicht zum Besseren. Als vor 30 Jahren der Eisernen Vorhang verschwand, glaubten die meisten von uns, nun seien wir endgültig im goldenen Zeitalter von Demokratie und Marktwirtschaft angekommen, und zwar weltweit. Wir haben uns getäuscht. Es gibt seit Jahren kräftigen Gegenwind für die Freiheit. Davon ist jeden Tag in den Zeitungen zu lesen – sei es über die zunehmende Machtfülle von autokratischen Herrschern, über die scharfe populistische Rhetorik demokratisch gewählter Politiker oder über immer neue Versuche, die Zivilgesellschaft zu schwächen. Dies gilt für viele Teile der Welt, leider inzwischen auch für Europa.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit steht deshalb mit ihren Werten vor großen Herausforderungen. Aber schwierige Ausgangslagen können auch motivieren. Dies gilt für das großartige Team der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung. Sie gaben im vergangenen Jahr ihr Bestes, um freiheitliche Werte im In- und Ausland überzeugend zu vertreten und zu vermitteln. Das Spektrum der Veranstaltungen und Publikationen der Stiftung belegt dies eindrucksvoll, genauso wie die Bildungsarbeit und Begabtenförderung.

Wie geht es weiter? Im Jahr 2018 habe ich den Stab von Wolfgang Gerhardt als neuer Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung übernommen. Dies ist eine große Ehre und Verantwortung, der ich mich mit Freude stelle, zusammen mit meiner Stellvertreterin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und meinen Vorstandskollegen Manfred Richter, Michael Georg Link MdB und Bettina Stark-Watzinger MdB sowie dem Hauptgeschäftsführer Steffen Saebisch und seinem Führungsteam.

Es gilt, den seit 2014 laufenden Reformprozess fortzusetzen. Das Ziel lautet, aus der Stiftung eine kreative Innovationsplattform zu machen, und zwar in allen Bereichen: mit modernen Ideen und Techniken der Kommunikation, mit dem Liberalen Institut

als kompetentem Think-Tank und mit einer Begabtenförderung, die den Teamgeist der freiheitlich denkenden jungen Menschen stärkt. In der Inlandsarbeit wird es darum gehen, nicht nur die Zentren, sondern auch entlegene Regionen unseres Landes mit einem attraktiven Angebot an Veranstaltungen zu den Themen liberaler Politik zu erreichen. In der Auslandsarbeit gilt es, die großen weltweiten Trends zu analysieren und zu beeinflussen – vom aufkeimenden Protektionismus im internationalen Handel über die neuen Innovationspotentiale auf allen Kontinenten bis hin zum Steuern der Urbanisierung durch Konzepte von „Smart Cities“.

Und noch etwas stand und steht auf der Tagesordnung der Stiftung: die Lehren aus der Geschichte unseres Landes, die untrennbar mit der des Liberalismus verbunden ist. Vor 100 Jahren begann nach dem Ende des Ersten Weltkriegs für Deutschland und Europa eine äußerst schwierige Zeit, in der Liberale mit Leidenschaft für Demokratie und Freiheit kämpften. Vor 70 Jahren wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet, mit festem Stand auf liberalen Werten. Vor 50 Jahren gab es einen denkwürdigen Regierungswechsel mit Willy Brandt und Walter Scheel, der die Innen- und Außenpolitik unseres Landes maßgeblich veränderte und eine liberale Handschrift trug. Und vor 30 Jahren fiel die Berliner Mauer und der Weg zur Deutschen Einheit begann.

Dies alles sind Meilensteine der Geschichte, denen sich die Stiftung im vergangenen Jahr angenommen hat und weiter annehmen wird – auch 2019 im 100. Todesjahr von Friedrich Naumann. Denn gerade die Erinnerung an tragisches Scheitern und großartige Erfolge des Liberalismus gibt unserer politischen Stiftung die nötige Kraft und Zuversicht für die Zukunft.

DER VORSTAND

Vorsitzender:

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

Stellvertretende

Vorsitzende:

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Schatzmeister:

Manfred Richter

Mitglieder:

Michael Georg Link MdB
Bettina Stark-Watzinger MdB

Ehrevorsitzender:

Dr. Wolfgang Gerhardt

BERICHT DES KURATORIUMS

GREMIENARBEIT 2018

Unsere Welt befindet sich im Wandel – angetrieben von Megatrends wie der Digitalisierung, der Urbanisierung und dem Klimawandel. Um diese Veränderungen nicht nur zu beobachten, sondern aktiv mitzugestalten, muss sich auch die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit weiterentwickeln.

Auf seinen Sitzungen hat das Kuratorium die Weichen für die zukünftige Entwicklung der Stiftung gestellt. Im März haben die Kuratoriumsmitglieder dafür einen neuen Vorstand gewählt, angeführt von Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als stellvertretende Vorsitzende. Komplettiert wird der Vorstand durch Manfred Richter als Schatzmeister und den Mitgliedern des Deutschen Bundestages Bettina Stark-Watzinger und Michael Georg Link.

Mit den neu gewählten Kuratoriumsmitgliedern Florian Rentsch, ehemaliger Wirtschaftsminister von Hessen und Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Sparda-Banken e. V., sowie der ehemaligen Bildungsministerin des Herzogtums Luxemburg und ehemaligen Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Anne Brasseur, gewinnt das Kuratorium zusätzliche Expertise. Insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Bildungs- und Europapolitik sowie der Menschenrechtsarbeit.

Neben den personellen Weichenstellungen hat das Kuratorium den Prozess zur Umsetzung der strategischen Ziele 2022 intensiv begleitet. Von zentraler Bedeutung waren dabei die Beratungen zur organisatorischen Umstellung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der dafür notwendigen Finanzausstattung sowie zum Veranstaltungsprogramm 2019. Darüber hinaus befasste sich das Kuratorium eingehend mit den Entwicklungen im Bereich der Kommunikationsarbeit.

Prof. Dr. Jürgen Morlok

Vorsitzender des Kuratoriums
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

DAS KURATORIUM:

Vorsitzender:

Prof. Dr. Jürgen Morlok

Stellvertretende Vorsitzende:

Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss
Liane Knüppel

Mitglieder:

Christel Augenstein
Johannes van Baalen
Anne Brasseur
Dr. Hinrich Enderlein
Richard Fudickar
Prof. Dr. Helmut Haussmann
Dr. Peter Jeutter
Karl-Ulrich Kuhlo
Alexander Graf Lambsdorff MdB
Christian Lindner MdB
Michael Georg Link MdB
Dr. Anita Maaß
Gisela Piltz
Florian Rentsch
Dr. Hermann Otto Solms MdB
Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Ruth Wagner
Joachim Werren

ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS DER POLITISCHEN STIFTUNGEN

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert. Ihre gemeinsame Erklärung ist Standortbestimmung, Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich. Die Zusammenfassung der Erklärung:

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern, der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke nahe stehenden politischen Stiftungen.

Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenschaftstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;

- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungs-politische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft zu legen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten.

In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.



IM POLITISCHEN DIALOG IN ÜBER 60 LÄNDERN DER ERDE

A Afghanistan · Ägypten · Albanien · Argentinien · Armenien · Aserbaidschan **B** Bangladesch · Belgien · Bhutan · Bosnien und Herzegowina · Bulgarien **C** Costa Rica **D** Dänemark · Deutschland **E** Elfenbeinküste · Estland · **F** Finnland · Frankreich **G** Georgien · Griechenland · Guatemala **H** Honduras · Hongkong **I** Indien · Indonesien · Irland · Israel und palästinensische Autonomiegebiete · Italien **J** Jordanien **K** Kambodscha · Kanada · Kasachstan · Kenia · Kirgisistan · Kosovo · Kroatien **L** Lettland · Libanon · Litauen · Luxemburg · Libyen **M** Malaysia · Malediven · Mali · Malta · Marokko · Mazedonien · Mexiko · Moldau · Montenegro · Myanmar **N** Nepal · Nicaragua · Niederlande · Nordkorea · Norwegen **O** Österreich **P** Pakistan · Paraguay · Peru · Philippinen · Polen · Portugal **R** Rumänien · Russland **S** Schweden · Senegal · Serbien · Spanien · Simbabwe · Slowenien · Slowakische Republik · Sri Lanka · Südafrika · Südkorea · Syrien **T** Tadschikistan · Tansania · Thailand · Tschechische Republik · Tunesien · Türkei · **U** Ukraine · Ungarn · Usbekistan **V** Vereinigte Staaten von Amerika · Vereinigtes Königreich · Vietnam · **W** Weißrussland · Westsahara **Z** Zypern

DIE 8 BÜROS DER FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT IN DEUTSCHLAND

Bayern · Baden-Württemberg · Berlin-Brandenburg · Hessen/Rheinland-Pfalz · Mitteldeutschland · Niedersachsen/Bremen · Norddeutschland · NRW ·

DIE LIBERALE BILANZ

- 86 Über die Stiftung
- 88 Die finanziellen Mittel der Stiftung (Jahresvergleich)
- 89 Quellennachweis der Gesamteinnahmen
- 90 Aufteilung der Mittel
- 91 Mitarbeiter und Stipendiaten
- 92 Das Geschäftsjahr 2017
- 93 Zu erwartende Einnahmen und Ausgaben 2019
- 94 Danksagung und Impressum



ÜBER DIE STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt sich seit ihrer Gründung am 19. Mai 1958 durch Bundespräsident Theodor Heuss für die Werte der Freiheit, für Verantwortung, für Rechtsstaatlichkeit und für die Menschenrechte in Deutschland und der Welt ein. Als Stiftung für die Freiheit sind wir thematischer Innovations-treiber und Freiheitsplattform für alle Liberalen in Deutschland. Wir setzen uns dafür ein, möglichst vielen Menschen möglichst viele Chancen zu ermöglichen – und fördern eine tolerante, fortschrittliche, gut ausgebildete und leistungsgerechtere Gesellschaft.

Zu unseren Schwerpunktthemen zählen Bildung, eine offene und digitale Gesellschaft, die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft und internationale Politik. Unsere Geschäftsstelle ist in Potsdam und Berlin, Büros unterhalten wir in ganz Deutschland und über 60 Ländern der Welt.

Für den liberalen Vordenker und Namensgeber der Stiftung, Friedrich Naumann, stand fest: Eine starke Demokratie braucht mündige Bürger. Erst wenn der Einzelne am politischen Prozess teilnimmt und Verantwortung trägt, wenn er sich einmischt und seine Meinung vertritt, wächst und gedeiht eine liberale Gesellschaft. Wir wollen dazu beitragen, dass es auf der ganzen Welt weniger abhängige und mehr selbstbewusste, politisch aktive Bürger gibt. Wir werben für Freiheit und darum, die Verantwortung wahrzunehmen, die mit Freiheit untrennbar verbunden ist.

Neubau und Truman Haus, Geschäftsstelle der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Potsdam-Babelsberg: Seit April 2001 hat die Stiftung hier ihren Hauptsitz.



INTERNATIONALE ARBEIT

Seit 2007 ist der Zusatz „für die Freiheit“ Bestandteil unseres Stiftungsnamens: In mehr als 60 Ländern setzen wir uns für Menschenrechte und Demokratie ein, indem wir Politikdialog und Politikberatung unterstützen. Das Leitmotiv der Stiftung in der internationalen Arbeit: Sich auf Augenhöhe begegnen, voneinander lernen und miteinander arbeiten. Unsere liberale Idee einer freiheitlichen Welt bildet dabei die Basis für jeden internationalen Austausch.

Die *Auslandsbüros* helfen in vielen Ländern, die Idee der Freiheit voranzubringen – gerade dort, wo es schwierig ist: in Autokratien und Ländern ohne stabile demokratische Strukturen. Im Mittelpunkt der Politikberatung steht die Lösung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme. Wir unterstützen unsere liberalen Partner im Ausland auf vielfältige Weise, zum Beispiel bei der Stärkung des organisierten Liberalismus und bei der Entwicklung und dem Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen.

Die *Internationale Akademie der Führungskräfte (IAF)* arbeitet eng mit den Auslandsprojekten der Stiftung zusammen und entwickelt Veranstaltungen für Fach- und Führungskräfte aus aller Welt, u. a. zu den Themen Liberalismus, Menschenrechte und Rechtsstaat, Bürgergesellschaft, Freihandel, Presse- und Informationsfreiheit, Bildung und Bekämpfung von Extremismus.

POLITISCHE BILDUNG

Wir arbeiten als politische Bildungseinrichtung mit dem Ziel, die Freiheit und ihre Bedeutung für Rechtsstaat und Demokratie in der Gesellschaft weiter zu verankern. Wir verstehen uns als Anwalt der Freiheit und als Motor für Wohlstand und Frieden – in Deutschland und in aller Welt. Wir bieten daher liberale Angebote zur politischen Bildung und ermöglichen es dem Einzelnen, sich aktiv und informiert ins politische Geschehen einzumischen. Das *Liberale Institut (LI)* in Berlin ist der Think-Tank der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Unsere Experten widmen sich politischen Grundsatzzfragen verschiedenster Art und veröffentlichen diese in Form von Positionspapieren, Studien und Publikationen. Zentrale Bildungsstätte ist die *Theodor-Heuss-Akademie (THA)* in Gummersbach. Hier werden Seminare, Trainings und Konferenzen organisiert, um liberale Positionen und politisches Handwerkszeug zu vermitteln. Das *Archiv des Liberalismus (ADL)* in Gummersbach sammelt und erschließt Dokumente und digitales Material über den organisierten Liberalismus seit 1945 sowie Nachlässe und Dokumente liberaler Persönlichkeiten wie Thomas Dehler, Martha Dönhoff, Hans-Dietrich Genscher, Hildegard Hamm-Brücher, Wilhelm Külz, Wolfgang Mischnick, Otto Graf Lambsdorff und Walter Scheel. Weitere Arbeitsschwerpunkte des Archivs sind die historische Liberalismus-Forschung und die politische Bildungsarbeit.

Das Magazin der Friedrich-Naumann-Stiftung heißt „*liberal – Das Magazin für die Freiheit*“ und erscheint mindestens viermal im Jahr – gedruckt oder als App-Ausgabe für iPad und Android Tablets. Das Debattenmagazin bietet Beiträge von Experten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur und ist damit die zentrale Plattform für den Wettstreit freiheitlicher Ideen und Argumente in Deutschland.

BEGABTENFÖRDERUNG

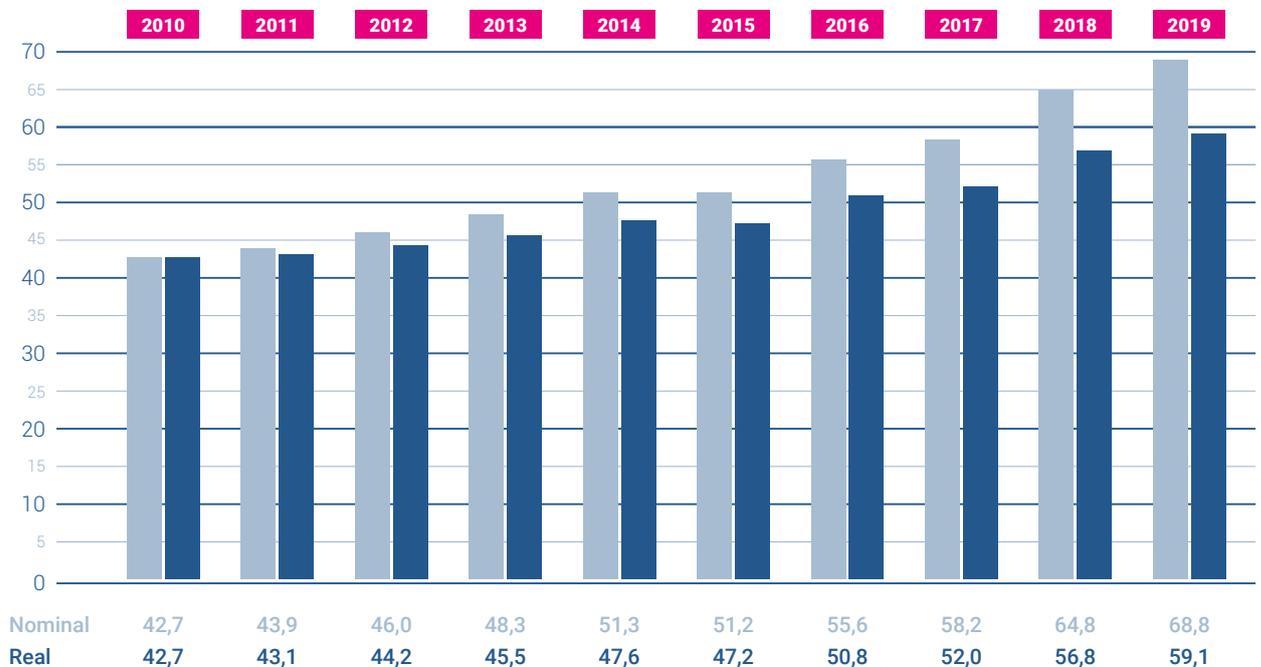
Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit fördert junge Studierende finanziell und ideell durch Stipendien, Bildungsreisen, Networking, Seminare und Arbeitskreise. Die Begabtenförderung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit vergibt Studien- und Promotionsstipendien an deutsche und ausländische Studierende und Promovierende. Die Bewerbungsverfahren finden zweimal jährlich statt (Ende der Bewerbungsfristen: 30. April und 31. Oktober). Unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten sind Botschafter der Freiheit, die sich aktiv in gesellschaftliche Belange im In- und Ausland einbringen.

DIE FINANZIELLEN MITTEL DER STIFTUNG

Die Zuwendungen von Bund und Ländern an die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sind in den letzten neun Jahren nominal um insgesamt 51,8 % gestiegen, aber real nur um 33,0 %.

Das Volumen der im Jahre 2018 verfügbaren finanziellen Mittel lag damit unter Einbeziehung der Inflationsraten um 14,1 Mio. € über dem des Jahres 2010.

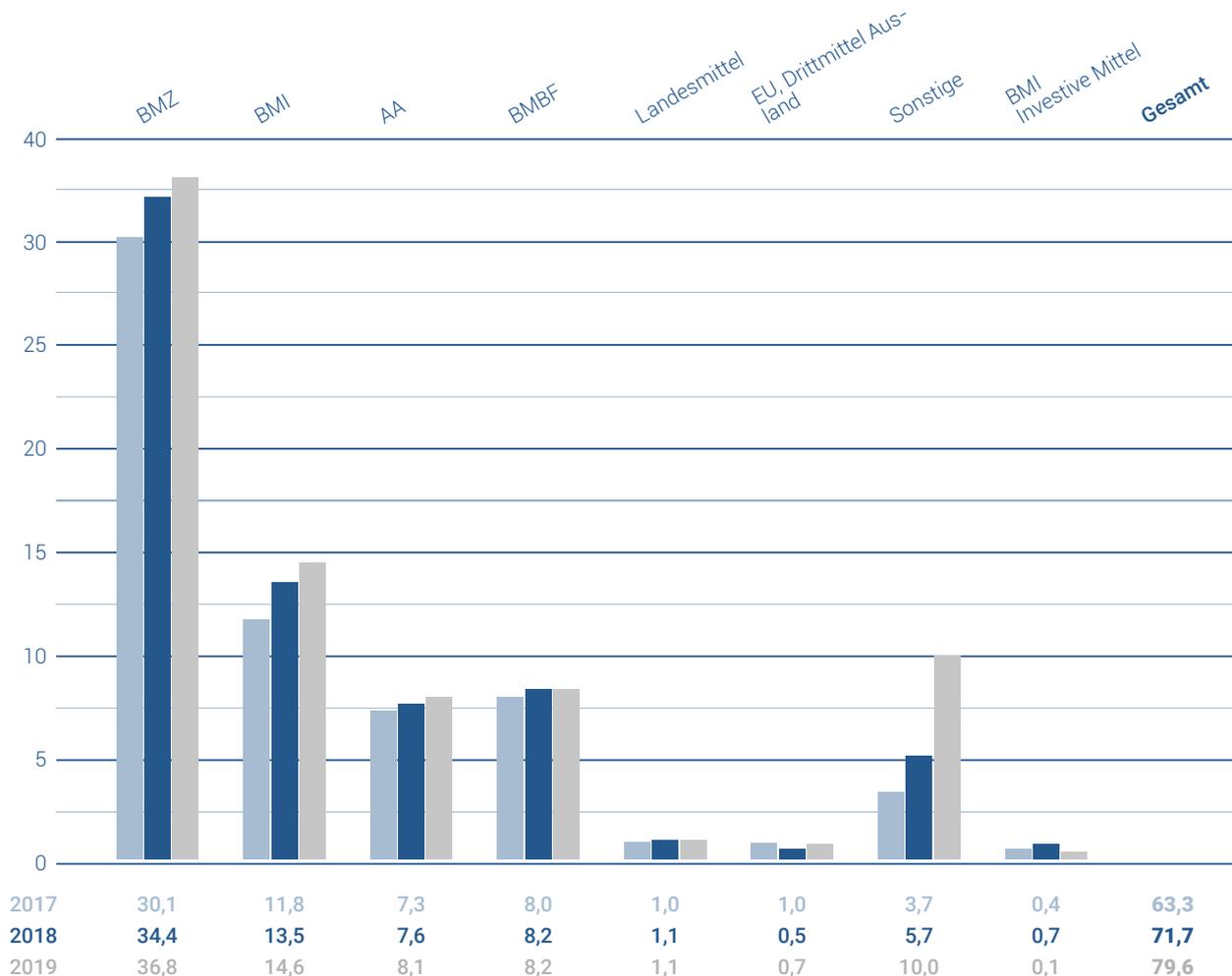
DIE ENTWICKLUNG DER BUNDES- UND LANDESZUWENDUNGEN 2010–2018 (2019: PLAN)



ANGABEN IN MIO. €

QUELENNACHWEIS DER GESAMTEINNAHMEN

DIE ZUSAMMENSETZUNG DER EINNAHMEN 2017/2018 (2019: PLAN)



ANGABEN IN MIO. €

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erzielte im Haushaltsjahr 2018 Einnahmen in Höhe von 71,7 Mio. €. Davon bezog sie – gemäß ihrem Aufgabenschwerpunkt – 47,9 % der Mittel vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Gegenüber 2017 bedeutet dies eine Erhöhung der Einnahmen um 4,3 Mio. €.

Der Anteil der Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern betrug 18,8 % und lag damit um 1,7 Mio € über dem Vorjahr.

Die Zuwendungen des Auswärtigen Amtes erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. €. Der Anteil an den Gesamteinnahmen betrug 10,6 %.

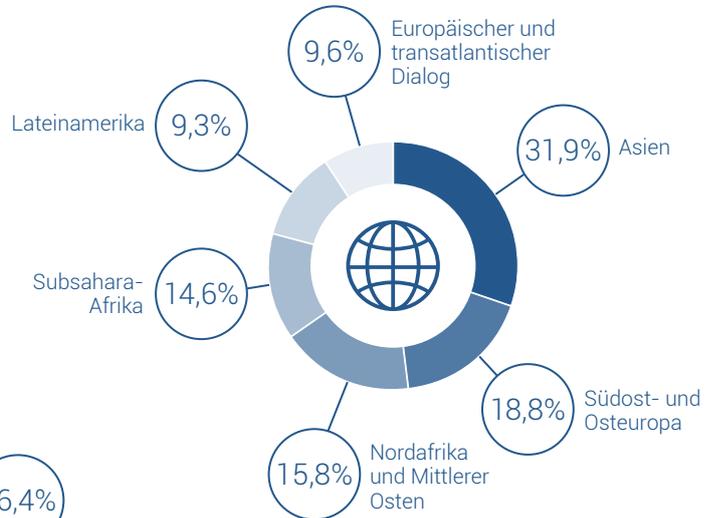
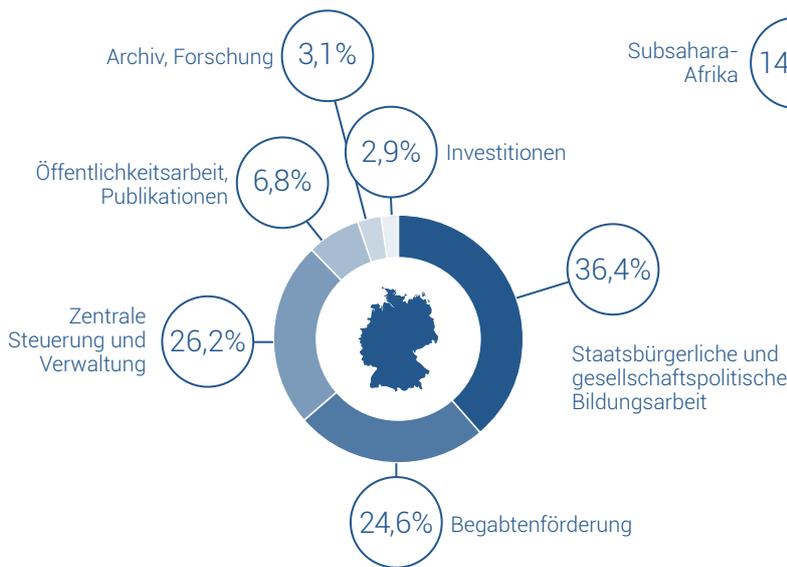
Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung bereitgestellten Mittel beliefen sich auf 11,5 % der Gesamteinnahmen. Die Landesmittel mit 1,5 % der Gesamteinnahmen veränderten sich im Jahresvergleich um 0,1 Mio € und lagen damit bei insgesamt 1,1 Mio. €. Die Zuwendungen der EU und Anderer betrugen 0,5 Mio €, das entspricht 0,7 % der Gesamteinnahmen. Sie lagen somit um 0,5 Mio. € unter dem Vorjahresniveau.

Die sonstigen Einnahmen mit 8,0 % erhöhten sich von 3,7 Mio. € auf 5,7 Mio. €.

DIE AUFTEILUNG DER MITTEL

Die Aufteilung der Mittel weltweit

Aufteilung der Mittel in Deutschland nach Aufgaben



Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	13,9	10,7	Asien
Begabtenförderung	9,4	6,3	Südost- und Osteuropa
Zentrale Steuerung und Verwaltung	10,0	5,3	Nordafrika und Mittlerer Osten
Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen	2,6	4,9	Subsahara-Afrika
Archiv, Forschung	1,2	3,1	Lateinamerika
Investitionen	1,1	3,2	Europäischer und transatlantischer Dialog
Gesamt	38,2	33,5	Gesamt

71,7

Angaben in Mio. €

Aufgabenfelder in Deutschland

Im Jahre 2018 umfassten die im Inland ausgegebenen Mittel 38,2 Mio. €. Dieser Betrag entsprach 53,28 % der Gesamteinnahmen. Die Aufwendungen für die zentrale Steuerung einschließlich der Planung und Steuerung der Auslandsarbeit sowie die Verwaltung der Infrastruktur beliefen sich im Berichtsjahr auf 13,95 % der Gesamteinnahmen.

Einsatzgebiete weltweit

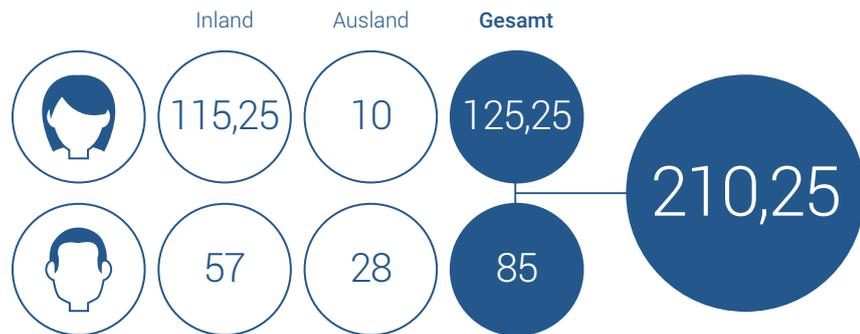
Der Finanzmitteleinsatz in Höhe von insgesamt 33,5 Mio. € entsprach 46,72 % der Gesamteinnahmen.

MITARBEITER

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist ein attraktiver Arbeitgeber. Verteilt auf 210,25 Stellen im In- und Ausland arbeiten wir für die Freiheit.

Dazu kommen noch viele Projektmitarbeiter in aller Welt. Aktuelle Stellenausschreibungen finden Sie unter www.freiheit.org/jobs

Anzahl der Stellen im In- und Ausland 2018

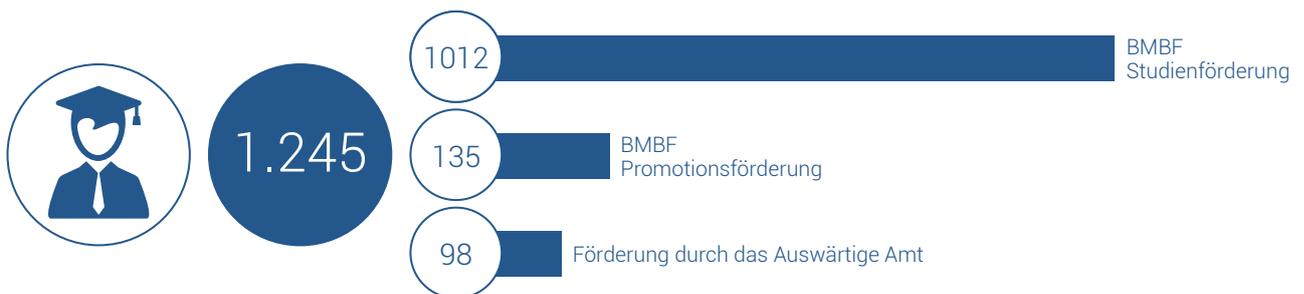


BEGABTENFÖRDERUNG

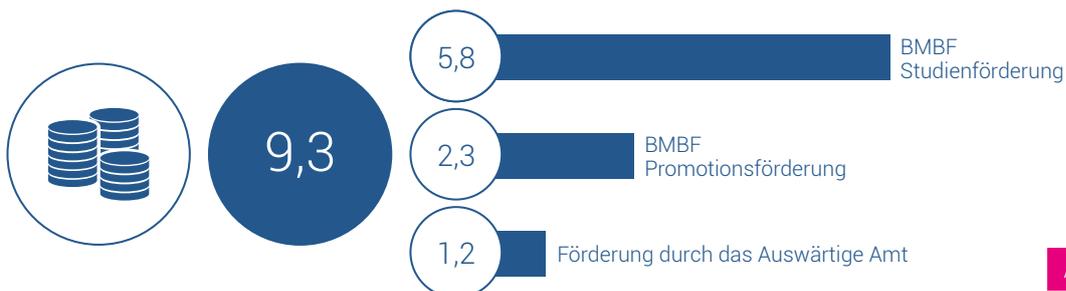
Die Begabtenförderung erhielt 2018 etwas über 9,3 Mio. € für die Förderung von deutschen und ausländischen Studierenden und Promovierenden.

Insgesamt wurden 1.245 Stipendiaten mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Auswärtigen Amtes (AA) gefördert.

Anzahl der Stipendiaten 2018



Verteilung der Mittel 2018



Angaben in Mio. €

DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

AKTIVA

	Stand am 31.12.17 €	Stand am 31.12.16 €
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	524.146,00	515.000,00
Sachanlagen	12.717.229,90	13.160.157,90
Finanzanlagen	974.471,62	974.471,62
Gesamt	14.215.847,52	14.649.629,52
Umlaufvermögen		
Vorräte	19.100,00	21.700,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	886.672,46	667.926,14
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.280.028,07	3.409.394,52
Gesamt	5.185.800,53	4.099.020,66
Rechnungsabgrenzungsposten	163.955,66	54.699,65
Gesamt	19.565.603,71	18.803.349,83

PASSIVA

	Stand am 31.12.17 €	Stand am 31.12.16 €
Eigenkapital		
Stiftungskapital	192.150,00	182.150,00
Rücklagen	12.142,08	10.969,70
Umschichtungsergebnisse	-4.495,22	-4.495,22
Ergebnisvortrag	8.479.606,26	8.533.850,36
Gesamt	8.679.403,12	8.722.474,84
Sonderposten für Investitions- zuschüsse zum Anlagevermögen	2.667.755,00	2.814.131,00
Rückstellungen	4.521.352,19	3.668.208,55
Verbindlichkeiten	2.889.962,95	2.729.523,70
Rechnungsabgrenzungsposten	807.130,45	869.011,74
Gesamt	19.565.603,71	18.803.349,83

AUFWENDUNGEN

	2017 €	2016 €
Satzungsgemäße Tätigkeit, Projektaufwendungen	42.420.744,27	40.356.204,58
Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter	10.834.747,85	10.419.861,27
Sachaufwendungen	5.813.556,10	6.019.650,02
Sonstige Aufwendungen	1.142.625,57	566.454,73
Außergewöhnliche Ausgaben und Aufwendungen	11.263,94	9.634,12
Gesamt	60.222.937,73	57.371.804,72
Jahresfehlbetrag (Vorjahr Jahresüberschuss)	-53.071,72	52.199,03
Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	8.533.850,36	8.483.900,42
Einstellung in die Ergebnisrück- lagen (Kapitalerhaltungsrücklagen)	-1.172,38	-2.249,09
Ergebnisvortrag	8.479.606,26	8.533.850,36

ERTRÄGE

	2017 €	2016 €
Gesamt Zuschüsse	58.941.183,68	56.198.989,55
Einnahmen aus Spenden	25.706,37	23.285,05
Teilnehmerbeiträge	499.927,96	495.577,90
Sonstige Einnahmen und Erträge	1.231.255,59	1.093.601,68
Außergewöhnliche Einnahmen und Erträge	0,00	505,85
Einstellung in den Sonder- posten für Investitionszu- schüsse zum Anlagevermögen	-528.207,59	-387.956,28
Gesamt	60.169.866,01	57.424.003,75

Gemäß der Empfehlung der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 wurde der Jahresabschluss 2017 nebst ergänzenden Angaben am 31.10.2018 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

GESAMTÜBERSICHT

ALLER IM HAUSHALTSJAHR 2019 ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND VORAUSSICHTLICHEN AUSGABEN

I. EINNAHMEN

		€
1. Zuwendungen und Zuschüsse		
	Zuwendungen der Bundesministerien	67.797.145,00
	Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	1.120.990,00
	Sonstige Zuwendungsgeber	682.230,00
2. Spenden		7.500,00
3. Teilnehmergebühren		361.360,00
4. Sonstige Einnahmen		9.535.859,00
Gesamt		79.505.084,00

II. AUSGABEN

		€
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben		
	Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	-13.628.093,00
	Förderung von Studenten und Graduierten	-8.596.499,00
	Internationale Zusammenarbeit ¹	-34.413.334,00
	Öffentlichkeitsarbeit	-2.571.810,00
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter		-12.799.918,00
3. Ausgaben für zentrale Steuerung und Verwaltung		-7.495.430,00
Gesamt		-79.505.084,00

III. VORAUSSICHTLICHES JAHRESERGEBNIS

		€
		0,00

¹ inkl. unmittelbar zuzurechnender Personalkosten für Auslandsmitarbeiter

DANKSAGUNG

AN STIFTER, SPENDER UND SPONSOREN

Mit Ihrer Hilfe tun wir Gutes! Ihre Zuwendungen ermöglichen die Weiterentwicklung der privaten Finanzierung der Aufgaben unserer Stiftung. Nur die Steigerung dieses privaten Finanzierungsanteils führt zu mehr Unabhängigkeit von öffentlichen Zuwendungen und somit zu einer unabhängigeren Arbeit der Stiftung. Dafür möchten wir Ihnen an dieser Stelle herzlich danken.

Unterstützen Sie die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Ihrer Zustiftung zum Stiftungskapital oder mit einer einmaligen Spende zur Aufgabenfinanzierung: Mit einer Zustiftung tun Sie auf Dauer Gutes. Denn die gesamten aus dem Stiftungskapital einschließlich Ihrer Zustiftung erwirtschafteten Zinsen tragen zeitlich unbefristet und in vollem Umfang zur Finanzierung unserer satzungsgemäßen Aufgaben bei. Eine Spende wirkt einmalig und unmittelbar zur Aufgabenfinanzierung. Entscheiden Sie selbst, ob Sie als „Stifter“ oder als „Spender“ die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützen wollen, um Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. In beiden Fällen erhalten Sie von uns eine steuerlich absetzungsfähige Bestätigung. Über weitere Einzelheiten beraten wir Sie gern.

Spendenkonto

Commerzbank Berlin
IBAN: DE12 1004 0000 0266 9661 04
BIC: COBADEFFXXX

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2

14482 Potsdam-Babelsberg

/freiheit.org

/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

/FNFreiheit

Verantwortlich

Anders Mertzluft
Leiter Fachbereich Kommunikation

Redaktion

Florian Baumann
Eva Cheung

Pressekontakt

Johann Ahlers
presse@freiheit.org

Produktion

COMDOK GmbH

Gestaltung

kopf-an-koepfe.de

Bildnachweis

Seite 8/9: © Stephan Flad
Seite 10/11: © Stephan Flad
Seite 12/13: © Stephan Flad
Seite 14/15: © Wolfgang Borrs / franknuernberger.de
Seite 17: © Stephan Flad
Seite 18/19: © Frank Nürnberger
Seite 22/23: © Getty Images / Flashpop
Seite 24: © Trupti Metha / ARCH, Shutterstock / GlebSStock
Seite 25: © Ferdinand Knapp
Seite 26/27: © picture alliance / Michael Kappeler/dpa ; David Harrison
Seite 28/29: © Hussein Ahmad
Seite 30/31: © Simon Steinbrecher / BDX Media
Seite 32/33: © Susanne Horn
Seite 35: © Getty images / Authenticated News/Staff
Seite 36/37: © Getty Images / Westend61
Seite 38/39: © Event Pictures BSW
Seite 41: © Getty Images / Oatawa
Seite 43: © Getty Images / Yusuke Nakanishi / Aflo
Seite 44/45: © Archiv des Liberalismus / Alexander Hoene
Seite 46/47: © Getty Images / Alvarez
Seite 48/49: © Phototek / Thomas Imo
Seite 50/51: © Andreas Schoelzel
Seite 52/53: © Paul Phillip Braun
Seite 54: © Gordon Welters
Seite 56/57: © Getty Images / EmirMemedovski
Seite 62/63: © HABA Digitalwerkstatt
Seite 64/65: © KWIECO
Seite 66/67: © Benjamin Diederling
Seite 68/69: © Agentur EVENTPRESS®
Seite 72/73: © KWIECO

Alle anderen Fotos:
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

**FREIHEIT GIBT ES
NICHT UMSONST.**

ABER KOSTENLOS.



liberal Das Magazin für die Freiheit
Jetzt kostenlos abonnieren!

www.freiheit.org/liberalmagazin

Herausgegeben von der **Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit**



Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam

www.freiheit.org